



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

39. Jahrgang

· Heft 4

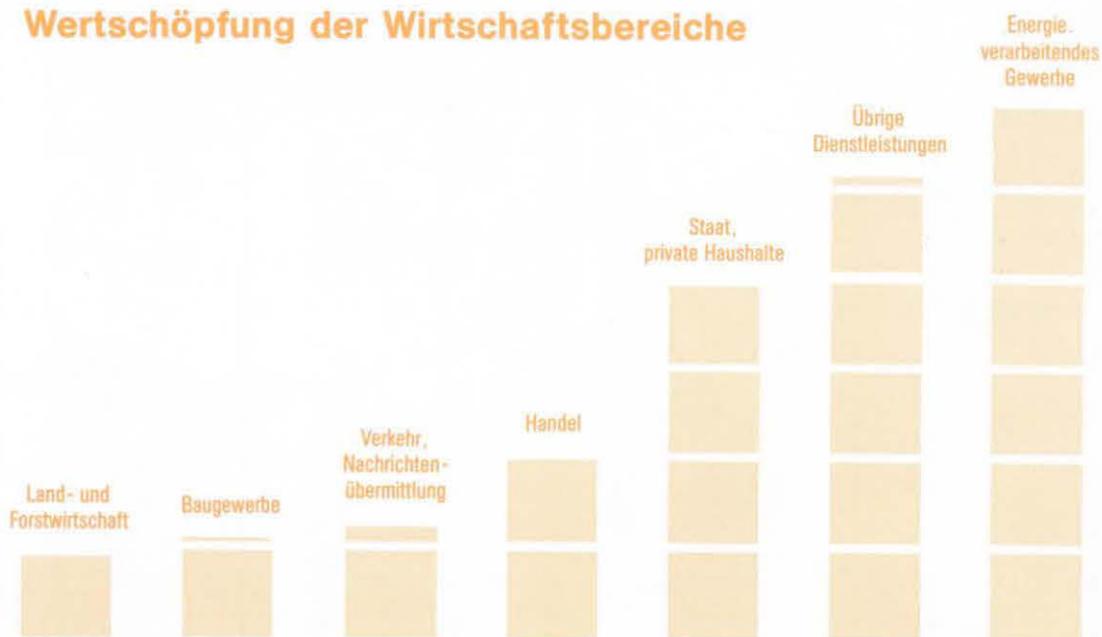
April 1987

Grafik des Monats: Altersaufbau Volkszählungen 1840, 1900, 1970

Aufsätze: Volkszählung 1987: Notwendig für Kommunen
Volkszählung 1987 — Vorurteile und Wirklichkeit
Die ältesten Volkszählungen

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe ¹					
		Februar 1987		Januar bis Februar 1987	
Beschäftigte	1 000	163	- 1,3	164	- 1,0
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	15	- 3,9	15	- 4,3
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	496	+ 1,9	510	+ 1,5
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 630	- 3,0	2 701	- 4,8
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 052	- 3,9	2 055	- 6,7
Auslandsumsatz	Mill. DM	578	+ 0,2	646	+ 2,0
Auftragseingang					
ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 548	- 2,9	1 562	- 1,9
aus dem Inland	Mill. DM	1 053	- 0,8	1 079	+ 2,1
aus dem Ausland	Mill. DM	496	- 7,0	483	- 9,9
Energieverbrauch	1 000 t SKE
Bauhauptgewerbe ²					
Beschäftigte	1 000	35	- 3,7	35	- 3,9
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	2	+ 3,3	2	- 19,6
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	55	+ 5,3	58	- 1,9
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	127	- 14,1	122	- 15,5
Auftragseingang ³	Mill. DM	110	- 32,7	106	- 20,8
Baugenehmigungen ⁴					
Wohnbau	Wohnungen	349	- 34,9	355	- 33,4
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	175	- 22,2	233	+ 1,3
Einzelhandel					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1980 $\hat{=}$ 100	Januar 1987		Januar bis Dezember 1986	
		113,8	+ 2,1
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1980 $\hat{=}$ 100	Januar 1987		Januar bis Dezember 1986	
		110,0	+ 2,3
Fremdenverkehr ⁵					
Ankünfte	1 000	258	+ 5,3
Übernachtungen	1 000	1 423	+ 4,6
Arbeitsmarkt					
Arbeitslose	Anzahl	Februar 1987		Januar bis Februar 1987	
		129 851	- 5,2	130 044	- 4,9
Außenhandel					
Ausfuhr	Mill. DM	Januar 1987		Januar bis Dezember 1986	
		908,9	- 2,0	797,9	- 4,6
Kredite ⁶					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	9 356	- 4,1	9 826	+ 2,1
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	47 392	+ 4,3	46 246	+ 6,5

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1

3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude

5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen; ohne Campingplätze)

6) an inländische Unternehmen und Private, ab 1.1.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

7) einschließlich durchlaufender Kredite

INHALT 4/87

	Seite
Aktuelle Auslese	75
Aufsätze	
Volkszählung 1987: Notwendig für Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik	76
Volkszählung 1987 — Vorurteile und Wirklichkeit	79
Die ersten Volkszählungen in Schleswig-Holstein	86
Grafik des Monats	84
Tabellenteil	Beilage
Entwicklung im Bild	3. Umschlagseite

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

- Heft 10/11-1986
 Hochschulstatistiken
 Bauwirtschaft
 Fremdenverkehr
- Heft 12/1986
 Der Bundespräsident zur amtlichen Statistik
 Einzelhandel
 Wohngeld
- Heft 1/1987
 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
 Arbeitskosten
- Heft 2/1987
 Sozialhilfeempfänger
 Schulstatistik 1986/87
 Bildungswanderungen
 Investitionen im verarbeitenden Gewerbe 1985
- Heft 3/1987
 Schleswig-Holstein im Jahre 1986

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Bildung und Kultur	
Schulstatistik 1986/87	2/38
Bildungswanderungen	2/40
Produzierendes Gewerbe	
Investitionen im verarbeiteten Gewerbe	2/42
Öffentliche Sozialleistungen	
Sozialhilfeempfänger	2/28
Löhne und Gehälter	
Arbeitskosten	1/16
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	1/4
Verschiedenes	
Schleswig-Holstein im Jahre 1986	3/47



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

39. Jahrgang

Heft 4

April 1987

Aktuelle Auslese



Zahl der Auszubildenden ging zurück

Die Zahl der Auszubildenden sank 1986 (Stichtag: 31. 12.) im Vergleich zum Vorjahr um 2 795 auf 80 399. Damit wurde der seit Jahren anhaltende Anstieg unterbrochen. Der Bereich Landwirtschaft ist davon am stärksten betroffen. Die Zahl ging hier um 11,1 % auf 3 762 zurück. Einen relativ starken Rückgang gab es auch bei den freien Berufen (- 6,1 %) und im Handwerk (- 5,6 %). Im Bereich der freien Berufe wurden 6 719 Auszubildende registriert, im Handwerk waren es 30 071. Im Bereich Industrie und Handel blieb die Zahl der Auszubildenden mit 35 594 (- 0,7 %) fast konstant.

Ein verhältnismäßig starker Zuwachs ist dagegen im Bereich Hauswirtschaft zu verzeichnen. Hier stieg die Zahl um 97 (+ 28,2 %) auf 344. Im öffentlichen Dienst waren am Erhebungsstichtag 3 602 Auszubildende beschäftigt, das sind 1,8 % mehr als 1985.

Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge lag 1986 in allen Ausbildungsbereichen unter der des Vorjahres.

Der Anteil der weiblichen Auszubildenden stieg um 0,5 Prozentpunkte auf 43,2 %.



Sozialhilfeaufwand 1986

Nachdem 1985 die Milliardengrenze erstmals überschritten worden war, sind die Ausgaben für Sozialhilfe 1986 um weitere 13 % auf

1137 Millionen DM gestiegen (vorläufiges Ergebnis). Der Anstieg betrifft die außerhalb von Einrichtungen gewährten Leistungen (gut vier Zehntel) deutlich stärker (+ 18,6 %) als die in Einrichtungen gewährten Leistungen (+ 9,3 %). Diese Gewichtsverlagerung zeigt sich auch bei der Art der Leistung. Die Hilfe zum Lebensunterhalt ist mit genau vier Zehnteln die bedeutendste Hilfeart.

Während der Aufwand für Hilfe zur Pflege mit 8,5 % nur unterdurchschnittlich stieg und der für Krankenhilfe sogar leicht sank, wurde für die Hilfe zum Lebensunterhalt 17,0 % oder ein Sechstel mehr aufgewendet und für die Eingliederungshilfe für Behinderte sogar 19,1 % mehr.



Günstige Entwicklung im Eigenheimbau

Von den 9 745 im Jahre 1986 in Schleswig-Holstein fertiggestellten Wohnungen sind zwei Drittel, das sind 6 480, neu errichtete Eigenheime. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen in Eigenheimen lag damit um 11 % höher als im Jahr davor. Dagegen ging der Geschosswohnungsbau um 45 % auf 2 371 fertiggestellte Wohnungen zurück. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen insgesamt nahm um 15 % gegenüber 1985 ab.

Im Nichtwohnbau stieg das Fertigstellungsvolumen um 4,6 auf 4,8 Mill. Raummeter.

Volkszählung 1987: Notwendig für Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik

„Wir brauchen die Volkszählung. Wir sitzen nämlich auf einem alten Datenschrott — wir haben eine Informationsnot.“

hat im April 1985 ein offizieller Sprecher der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände bei der Anhörung von Sachverständigen zum Gesetzentwurf für die Volkszählung im Innenausschuß des Deutschen Bundestags erklärt. Und in der schriftlichen Stellungnahme eines anderen Sachverständigen der kommunalen Spitzenverbände zur gleichen Anhörung heißt es:

„Den Gemeinden ist eine umfassende Verantwortung für die Daseinsvorsorge ihrer Bürger auferlegt. Sie haben nicht nur für alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft das Selbstverwaltungsrecht (Artikel 28 Abs. 2 Grundgesetz), sondern auch die Pflicht, in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die für ihre Einwohner erforderlichen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen öffentlichen Einrichtungen bereitzustellen (so die Gemeindeordnungen aller Bundesländer). Die hieraus den Gemeinden erwachsenden Planungsaufgaben sind mit einem hohen Bedarf an differenzierten Daten verbunden.“

Die Vielfalt der Aufgaben und die knappen Ressourcen erfordern bei den Gemeinden ein abgestimmtes und planvolles Handeln. Nicht nur in Fachplanungen, sondern auch durch fachübergreifende kommunale Gesamtentwicklungsplanung erfüllen die Gemeinden den Auftrag, ihre Daseinsvorsorge auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft auszurichten und ständig den sich ändernden Verhältnissen anzupassen. Alle diese Aufgaben begründen einen erheblichen Datenbedarf, der zur eigenverantwortlichen Auswertung zur Verfügung stehen muß.“

Hinzuzufügen ist, daß auch die Kreise, die Länder und der Bund vielfältige Planungs- und Verwaltungsaufgaben zu erfüllen haben, die in starkem Maße die Gemeinden betreffen und die gerecht nur erfüllt werden können, wenn für alle Gemeinden die gleichen zuverlässigen Grunddaten zur Verfügung stehen.

Folgerichtig hat daher der Gesetzgeber mit den Stimmen von CDU, CSU, SPD und F.D.P. im Volkszählungsgesetz 1985 die Zwecke der Volkszählung wie folgt umrissen:

„Die Ergebnisse der Zählungen bilden Grundlagen für politische Entscheidungen in Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden auf den Gebieten Wirtschaft und Soziales, Wohnungswirtschaft, Raumordnung, Verkehr, Umwelt sowie Arbeitsmarkt und Bildungswesen.“

Dazu hatte das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum Volkszählungsgesetz 1983 festgestellt:

„Nicht erforderlich ist, daß der Gesetzgeber zu jeder einzelnen gesetzlichen Verpflichtung auch den konkreten Zweck im Gesetz selbst er läutert. Dies gilt namentlich mit Rücksicht auf die Besonderheiten der Erhebung von Daten für statistische Zwecke, zumal bei einer Volkszählung; hier ist eine Auflistung der einzelnen Zwecke aufgrund ihrer multifunktionalen Zielsetzung unmöglich.“

*„Bei der Datenerhebung für statistische Zwecke kann eine enge und konkrete Zweckbindung der Daten nicht verlangt werden... Das Gebot einer konkreten Zweckumschreibung und das strikte Verbot der Sammlung personenbezogener Daten auf Vorrat kann nur für Datenerhebungen zu nichtstatistischen Zwecken gelten, nicht jedoch bei einer Volkszählung, die eine gesicherte Datenbasis für weitere statistische Untersuchungen ebenso wie für den politischen Planungsprozeß durch eine verlässliche Feststellung der Zahl und der Sozialstruktur der Bevölkerung vermitteln soll. Die Volkszählung muß **Mehrzweckerhebung** und -verarbeitung, also Datensammlung und -speicherung auf Vorrat sein, wenn der Staat den Entwicklungen der industriellen Gesellschaft nicht unvorbereitet begegnen soll.“*

„Die Volkszählung soll ein vielseitiges, koordiniertes statistisches Gesamtbild von Gesellschaft und Wirtschaft liefern. Dazu werden die Daten aus allen Zählungsteilen — für die Volks- und Berufszählung sowie für die Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung — in Verbindung miteinander benötigt. Die Erhebungstatbestände des Volkszählungsgesetzes dienen in der Regel mehreren, nicht abschließend zu benennenden Zwecken. Das jeweilige Merkmal darf aber nicht isoliert gesehen werden, denn nur in der Kombination mit weiteren Merkmalen — in Abhängigkeit von den jeweiligen Fragestellungen — sind

die vielfältigen ... Zwecke zu erfüllen. Deshalb werden die Daten gerade in ihrer Gesamtheit benötigt.“

„Mehrzweckerhebung“ ist also die zentrale Kennzeichnung einer Volkszählung: Für Zwecke des Bundes, der Länder und der Gemeinden; für Zwecke aller wichtigen Politikbereiche; als Entscheidungshilfe, als Wirkungskontrolle politischer Maßnahmen, als Steuerungsinstrument für eine gerechte Verteilung staatlicher Mittel und schließlich als Grundlage für Wissenschaft und Forschung.

Die Fülle des hier angesprochenen allgemeinen Datenbedarfs soll an folgenden Beispielen konkretisiert werden:

Die heute vorliegenden amtlichen Bevölkerungszahlen sind so fehlerhaft, daß damit keine sachgerechten Entscheidungen mehr getroffen werden können. Sie stammen im Kern aus der Volkszählung 1970. Die damals ermittelten Zahlen wurden seitdem nur durch Fortschreibung aktualisiert, indem die Geburten und Zuzüge hinzuaddiert und die Sterbefälle und Fortzüge abgezogen wurden; Monat für Monat, Gemeinde für Gemeinde, bis Mai 1987 über 200mal! Seit 1970 sind über 2 Millionen Menschen innerhalb des Landes zwischen den Gemeinden umgezogen und rd. 2,5 Millionen Menschen über die Landesgrenzen zu- oder fortgezogen. Bei der damit verbundenen enormen Zahl von Buchungen und weil sich einige Bürger bei Umzügen nicht ordnungsgemäß an- und abmelden, ergeben sich beim Fortschreibungsverfahren immer wieder Fehler, die sich mit der Zeit in Einzelfällen zu gravierenden Ausmaßen addieren:¹⁾

So wick die Fortschreibung der Volkszählungsergebnisse von 1961 bis 1970 in einem Drittel aller schleswig-holsteinischen Gemeinden um mindestens 5 % vom tatsächlich durch die Volkszählung 1970 ermittelten Wert ab. In 13 % der Gemeinden betrug die Abweichung sogar mehr als 10 % und in nicht wenigen Extremfällen betrug die Fehler um 50 %! Zwei Drittel aller Abweichungen waren Überhöhungen, ein Drittel aber Untererfassungen. Insgesamt ergab die Fortschreibung rund 72 000 Einwohner mehr als die Volkszählung. Damals betrug die Fortschreibungsspanne, in der sich die Fehler ansammelten, neun Jahre; jetzt sind es aber seit 1970 bereits 17 Jahre!

¹⁾ Bei dieser Ursache liegt es auf der Hand, daß die Inhalte der Melderegister noch fehlerhafter sind, so daß deren Auszählung nur zusätzliche Verwirrung stiftet. Einzeluntersuchungen in zahlreichen Gemeinden haben dieses eindeutig erwiesen

Im kommunalen Finanzausgleich ist die Einwohnerzahl ein wichtiges Bemessungskriterium für die Höhe der Schlüsselzuweisungen, die die Gemeinden, Städte und Kreise erhalten. Dabei geht es um beachtliche Beträge: 1987 werden rd. 950 Millionen DM einwohnerabhängig verteilt. Nach den Erfahrungen der Volkszählung 1970 muß damit gerechnet werden, daß heute wiederum zahlreiche Gemeinden aufgrund von Fortschreibungsabweichungen zu hohe Zuweisungen erhalten, ein erheblicher anderer Teil der Gemeinden dagegen zu niedrige.

Aber nicht nur die Verteilung der Finanzmittel des kommunalen Finanzausgleichs, sondern auch andere wichtige Sachverhalte hängen von der Einwohnerzahl ab. So ist die Einwohnerzahl in fast 100 Rechtsvorschriften in Bund, Ländern und Gemeinden von rechtsauslösender Bedeutung. Das gilt u. a. für

- die Einteilung des Gemeindegebietes in Wahlbezirke
- die Zahl der zu wählenden Gemeindevertreter
- die Besoldung der Bürgermeister.

Mag die Feststellung der richtigen Einwohnerzahl an sich schon die Durchführung einer Volkszählung rechtfertigen, so liegt deren weitergehende Bedeutung aber zweifellos in der Bereitstellung von Strukturdaten zur Entscheidungshilfe für die Daseinsvorsorge.

Wir haben seit der letzten Volkszählung drastisch veränderte Verhältnisse. Damals ergänzte sich der Bestand unserer Bevölkerung noch vollständig aus den laufenden Geburten. Seit nunmehr zehn Jahren ist das aber nur noch zu zwei Dritteln der Fall! Hätten wir nicht einen erheblichen Zuzug aus anderen Bundesländern gehabt, so wäre die Bevölkerungszahl unseres Landes bereits jetzt deutlich gesunken. Für die Zukunft stehen größere Veränderungen bevor. Je nach Altersstruktur der Bevölkerung, Industriebesatz sowie Ausbildungsgrad und Branchenstruktur der Beschäftigten — die sämtlich Gegenstand des Zählungswerkes sind — werden die einzelnen Gemeinden des Landes davon in stark unterschiedlichem Maße betroffen sein. Es wird viele Gemeinden geben, die noch weiter wachsen — weit mehr jedoch, denen unter Umständen ein erheblicher Rückgang ihrer Bevölkerung bevorsteht. Bisher lassen sich nur die Größenordnungen für das ganze Land in Umrissen abschätzen. Detaildaten für jede einzelne Gemeinde und damit auch für Teilregionen des Landes soll nach 17jähriger Pause die Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987 erbringen. Für jede Gemeindevertreterin und jeden Gemeindevertreter, die sich mit Annahme

der Wahl auf das Wohl ihrer Bürger verpflichtet haben, sollten die Ergebnisse dieser auf die Struktur ihres „Volkes“ gerichteten Erhebungen Pflichtlektüre sein!

Von der richtigen Bevölkerungszahl — untergliedert nach Alter und Geschlecht, nach Deutschen und Ausländern, nach Ausbildung und Beruf — leiten sich wichtige Basisinformationen für alle Stadien des menschlichen Zusammenlebens ab. In all diesen Stadien sind die Gemeinden für die Daseinsvorsorge zuständig, und wo sie es nicht selbst sind, sind es die Ämter, Zweckverbände, zentralen Orte, Kreise oder das Land. Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Krankenhäuser, Ausbildungsplätze, Industrieansiedlung, Energie- und Wasserversorgung, Abfall- und Abwasserbeseitigung, Gesundheitsdienst, Alten- und Pflegeheime, Personennahverkehr, Sport und Erholungsstätten — all dieses muß in bezug auf die örtlich vorhandene Bevölkerungsstruktur geplant, dimensioniert und unterhalten werden — und Basisinformationen hierfür liefern die Ergebnisse des Zählungswerkes 1987.

Im Mai 1970 lebten in Schleswig-Holstein gut 1 Mill. Erwerbstätige sowie knapp 6 000 Arbeitslose, und wir können genau sagen, wie sie sich auf die Kreise und Gemeinden des Landes verteilten. Heute haben wir über 100 000 Arbeitslose, und Monat für Monat werden neue Zahlen ermittelt — wieviel Menschen aus den einzelnen Orten aber tatsächlich beschäftigt sind, ist dagegen eine weitgehend unbekannte Größe. Entsprechend unsicher sind regionale Arbeitslosenquoten, die aber bei der Abgrenzung der Gebiete und der Verteilung der Finanzmittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur eine gewichtige Rolle spielen.

Auf das ganze Land bezogen können wir heute sagen, daß der demografisch bedingte Druck auf den Arbeitsmarkt noch bis in die 90er Jahre hinein anhalten wird, weil bis dahin immer noch mehr junge Menschen in die Erwerbstätigkeit hineinwachsen als aus Altersgründen ausscheiden. Wie das aber in den einzelnen Kreisen oder gar Gemeinden aussieht, ist wegen mangelnder Daten nur schwer vorhersehbar.

1970 lebten in Schleswig-Holstein rund 25 000 Ausländer — heute sind es aber ca. 86 000! Wie sie wohnen, wovon sie leben, welche Berufe und welche Ausbildung sie haben, ist umfassend nicht bekannt — für Integration und Betreuung, Versorgung und für Fragen des Zusammenlebens mit der deutschen Bevölkerung ist die Information hierüber aber sehr wichtig.

Neben der Altersgliederung der in den verschiedenen Berufen Tätigen ergeben sich aus den Fragen zu Ausbildung, ausgeübter Tätigkeit und Wirtschaftszweig quantitative Aussagen über die Branchenabhängigkeit ganzer Regionen oder spezieller Teilräume, was gerade in der gegenwärtigen Phase starken Strukturwandels von großer Bedeutung ist. Da die Ergebnisse für Gemeinden vorliegen werden, ist eine empirisch bestimmbare flexible Regionenbildung möglich, wie sie in dieser Kombination sonst aus keiner Quelle gewonnen werden kann.

Für eine Vielzahl von Gemeinden ist die Stadt-Umlandverflechtung mit ihren vielfältigen Versorgungs-, Entsorgungs- und Pendlerbeziehungen von großer Bedeutung. Auch hierfür liefern die Ergebnisse des Zählungswerkes 1987 reichhaltige Basisinformationen. Wohnort und Arbeitsort sind in unserer mobilen Gesellschaft immer häufiger räumlich auseinandergedrückt. Für die Bewältigung des gewachsenen Verkehrs braucht man Kenntnisse über den täglichen Weg zur Arbeit oder zur Schule, über das benutzte Verkehrsmittel und die benötigte Zeit. Über 200 000 Erwerbspersonen pendelten 1970 zwischen den schleswig-holsteinischen Gemeinden; über 90 000 pendelten nach Hamburg. Damals gab es Detaildaten für die Verkehrsplanung jeder einzelnen Gemeinde. Seitdem sind 17 Jahre vergangen. Für die Gegenwart gibt es solche Daten nicht, obwohl wir aus Stichproben wissen, daß das Volumen enorm gestiegen ist — auf weit über 300 000 Berufspendler innerhalb des Landes und rund 140 000 nach Hamburg. Hierzu der Deutsche Städtetag:

„In der Gewinnung vollzähliger, räumlich und sachlich fein differenzierbarer Pendlerdaten liegt aus der Sicht der Städte ein Hauptnutzen, für viele Großstädte der wesentlichste Nutzen der Volkszählung 1987. Mit diesen Daten kann ein vollständiges Bild des kleinräumigen Verkehrsbedarfs im Berufs- und Ausbildungsverkehr erzeugt und so für die Verkehrsplanung eine auf keine andere Weise zu gewinnende sichere Datengrundlage geschaffen werden.“

Die Größenstruktur der privaten Haushalte ist nicht nur eine wichtige soziologische Kenngröße. In Verbindung mit Aussagen über die Wohnungsgrößen und die Mieten ergeben sich auch wichtige Basisinformationen zur Beurteilung der regionalen Wohnungsmärkte oder der Wohngeldgestaltung. Bei der Wohnungszählung 1968 und der Volkszählung 1970 dachte man noch nicht an leerstehende Wohnungen. Heute streitet man darüber, ob es davon bundesweit 300 000 oder etwa eine Million Einheiten gibt. Allein daraus wird deutlich, daß auch über die regionalen Wohnungsmärkte ein erheb-

liches Informationsdefizit besteht. Die Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung soll dieses Defizit beheben. Ihre Ergebnisse über Ausstattungsgrad, Alter und Heizungsart der Wohnungen ergeben Hinweise auf Modernisierungs- und Sanierungsbedarf sowie auf die Umweltbelastung kleiner Regionen durch die verschiedenen Energiearten in unseren Heizungssystemen.

Genug der Beispiele. Das Statistische Landesamt wird über alle Zählungssachverhalte tabellarische Aussagen für jede Gemeinde des Landes produzieren. Insgesamt sind rund 50 verschiedene Tabellen mit Gemeindeergebnissen vorgesehen — und wo es gewünscht wird, werden die Ergebnisse auch nach Gemeindeteilen untergliedert. Nur bei von diesem Standardprogramm abweichenden Sonderauswertungen müssen sich die Gemeinden an den Aufbereitungskosten beteiligen — bei der vorgesehenen großen Differenzierung des Materials dürfte das aber nur sehr selten erforderlich werden.

Vielfach wird behauptet, die Ergebnisse der Zählungen seien veraltet, ehe sie recht zur Kenntnis genommen werden können, da die Aufbereitung eine längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Dies ist grundfalsch. Sicher gibt es jeden Tag Veränderungen, ziehen laufend Bürger um, sterben Menschen und werden neue geboren. Die Statistik ist aber gerade nicht auf den Bürger als Einzelfall gerichtet, sondern auf eine entpersönlichte Aussage über die Struktur der in einer bestimmten Region lebenden Gesamtheit von Menschen. In einem solchen Strukturbild gleichen sich viele kurzfristige Veränderungen von Einzelfällen immer wieder aus. Echte

Strukturveränderungen sind dagegen eine Angelegenheit mehrerer Jahre.

„Insgesamt bleibt festzuhalten, daß die Weichen für eine solide und umfassend vorbereitete Volkszählung mit Perspektive gestellt sind.“

hat der Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages am Ende der Gesetzesberatung im Deutschen Bundestag erklärt. Alle Beteiligten können sicher sein, daß ihr Einsatz bei der Durchführung der Zählung zu Ergebnissen führen wird, die auch für unsere Gemeinden in den nächsten Jahren eine wichtige **Handlungsgrundlage** bei der Bewältigung ihrer Aufgaben sein werden, ganz im Sinne des Bundesverfassungsgerichts, das im Volkszählungsurteil 1983 auch dieses festgestellt hat:

„Die Statistik hat erhebliche Bedeutung für eine staatliche Politik, die den Prinzipien und Richtlinien des Grundgesetzes verpflichtet ist. Wenn die ökonomische und soziale Entwicklung nicht als unabänderliches Schicksal hingenommen, sondern als permanente Aufgabe verstanden werden soll, bedarf es einer umfassenden, kontinuierlichen sowie laufend aktualisierten Information über die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Zusammenhänge. Erst die Kenntnis der relevanten Daten und die Möglichkeit, die durch sie vermittelten Informationen mit Hilfe der Chancen, die eine automatische Datenverarbeitung bietet, für die Statistik zu nutzen, schafft die für eine am Sozialstaatsprinzip orientierte staatliche Politik unentbehrliche Handlungsgrundlage.“

Dr. Dieter Mohr

Volkszählung 1987 — Vorurteile und Wirklichkeit

Ich habe die Gabe, über Statistiken wahnsinnig werden zu können. (Arno Schmidt, Das Steinerner Herz)

Am 25. Mai 1987 wird es nach 17 Jahren wieder soweit sein: Die Bevölkerung der Bundesrepublik wird zu diesem Stichtag gezählt. **Daß** gezählt werden wird, ist nach der gescheiterten Zählung 1983 und einer dar-

auf folgenden beispiellos gründlichen und umfassenden Gesetzesberatung mit anschließender breiter parlamentarischer Mehrheit (nur die GRÜNEN waren dagegen) keine Frage. Wie gut, also wie richtig gezählt werden wird, ist auch heute noch durchaus offen; denn die Qualität der Volkszählung wird wesentlich durch die Akzeptanz der Bevölkerung bestimmt. Diese wiederum

hängt entscheidend davon ab, in welchem Maße die Zählung als sinnvoll und zweckmäßig anerkannt wird.

Nachdem die datenschutzrechtlichen Aspekte der Zählung im Expertenkreis im wesentlichen als ausdiskutiert gelten — selbst berufsmäßige Skeptiker wie die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder halten die Regelungen des VZ-Gesetzes für befriedigend — wird der Dreh- und Angelpunkt der Volkszählungsdiskussion die Frage nach dem Nutzen sein.

Der Boykott und das Urteil

Das Mißtrauen gegen die Volkszählung (damals auch für 1983) war ursprünglich das Nebenergebnis einer politischen Debatte mit ganz anderem Hauptthema, nämlich der Nachrüstung der NATO. Völlig losgelöst von Reizworten wie Rasterfahndung wollten damals im Sommer 1982 Bürger so lange keine Auskünfte zur Volkszählung '83 geben, bis der Staat seinerseits Auskünfte über die Stationierung der neuen Atomwaffen zu geben bereit sei. Also Volkszählungsboykott als ein Mittel für ein anderes Ziel. Allerdings erreichte die damalige Diskussion sehr bald die heute bekannte Dimension, also die Einschätzung der Volkszählung (VZ) als weitere Möglichkeit des staatlichen Apparates zur totalen Erfassung der Lebenszusammenhänge des einzelnen Bürgers. Nachdem sich die GRÜNEN — nach zum Teil knappsten Abstimmungsergebnissen in ihren Gremien — festgelegt hatten, schritt die Mobilisierung des Mißtrauens rasch fort. Sie wäre aber vermutlich auch dann nur eine Randerscheinung geblieben, wenn sich nicht der liberale Journalismus der Sache angenommen und sie weiter thematisiert hätte. Im Blickpunkt der Kritik standen dabei weniger die Möglichkeit, die Volkszählung als staatliches Kontrollinstrumentarium (Rasterfahndung) zu mißbrauchen, als vielmehr die Gefahren, die mit dem Durchführungsverfahren der Zählung für die Anonymität der Betroffenen verbunden sein könnten, vor allem die administrative Nutzung einiger Zählungsdaten für den Melderegisterabgleich. Dazu kam, daß zunächst noch das inzwischen breite öffentliche Mißtrauen als Problem einer Minderheit angesehen wurde. Wie irrational aber die damalige Diskussion zum Teil verlief, zeigt anschaulich die Unterfrage nach der jüdischen Religionszugehörigkeit. Diese statistisch unbedeutende und in ihrem Antwortergebnis vermutlich unbefriedigende Frage — zu geringe Fallzahlen verhindern ein zuverlässiges Ergebnis — ist nur auf ausdrücklichen Wunsch des Zentralrates der Juden in das Erhebungsprogramm der Zählung gekom-

men. Dennoch haben extreme VZ-Gegner damals angebliche nationalsozialistische Bestrebungen des Staates angeprangert.

Es ist vor allem dem inzwischen wegweisenden Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (BVG) vom Dezember 1983 zuzuschreiben, daß zwischen Befürwortern und Gegnern der Volkszählung der dringend notwendige Ausgleich erreicht wurde. Gleichwohl ist das Urteil teils als Niederlage des Staates, teils als schlechteste aller Lösungen angesehen worden, weil dadurch nur die Voraussetzungen für eine neue Volkszählung mit einwandfreiem Verfahren, jedoch den alten Merkmalen geschaffen würde, die Zählung selbst also nicht vom Tisch sei.

Die wichtigste Aussage des Urteils des BVG ist sicherlich die Feststellung, daß unter den Bedingungen der modernen Datenverarbeitung der Einzelne gegen unbegrenzte Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner persönlichen Daten zu schützen ist und dieser Schutz Verfassungsrang hat. Grundsätzlich kann jeder selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten bestimmen. Einschränkungen dieses Rechts auf „informationelle Selbstbestimmung“ sind nur im überwiegenden Allgemeininteresse auf einer verfassungsmäßigen gesetzlichen Grundlage zulässig. Bei der Datenerhebung für statistische Zwecke kann eine enge und konkrete Zweckbindung der Daten nicht verlangt werden. Es gehört zum Wesen der Statistik, daß die Daten nach ihrer statistischen Aufbereitung für die verschiedensten, nicht von vornherein bestimmbar Aufgaben verwendet werden sollen. Demgemäß besteht auch ein Bedürfnis nach Vorratsspeicherung. Zum Ausgleich müssen dafür bei der Erhebung und Verarbeitung innerhalb des Informationssystems entsprechende Schranken geschaffen werden. Für die Volkszählung 1987 bedeutet das, daß

- die Bearbeitung personenbezogener Daten strengsten Trennungs- und Löschungsvorschriften unterliegt,
- auch anonymisierte Einzeldaten nicht in andere Verwaltungsbereiche gelangen dürfen,
- die Bürger über Grundlagen, Verfahren und Verwendung der VZ und ihrer Daten gründlich aufzuklären sind.

Gleichzeitig hat das BVG jedoch die erhebliche Bedeutung der amtlichen Statistik für eine staatliche Politik, die den Prinzipien und Richtlinien des Grundgesetzes verpflichtet ist, hervorgehoben:

„Wenn die ökonomische und soziale Entwicklung nicht als unabänderliches Schicksal hingenommen, sondern

als permanente Aufgabe verstanden werden soll, bedarf es einer umfassenden, kontinuierlichen sowie laufend aktualisierten Information über die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Zusammenhänge. Erst die Kenntnis der relevanten Daten und die Möglichkeit ... diese mit Hilfe der automatischen Datenverarbeitung für die Statistik zu nutzen, schafft die für eine am Sozialstaatsprinzip orientierte staatliche Politik unentbehrliche Handlungsgrundlage."

Soweit das BVG im Wortlaut. Im Klartext: Ja zu Volkszählungen, solange sie für eine soziale Politik erforderlich sind. Deshalb war es nur folgerichtig, daß das BVG praktisch das gesamte Erhebungsprogramm der Volkszählung 1983 als erforderlich anerkannt hat.

Bei seiner Abwägung der Interessen von Individuum und Staat/Gesellschaft hat sich das BVG an der Schutzbedürftigkeit des Einzelnen orientiert. Da die Freiheit einer Gesellschaft sich immer nur über die Freiheit des Einzelnen und nie über die Freiheiten des Staates definiert, ist das Karlsruher Urteil eindeutig ein Sieg des Rechtsstaates.

Das Ergebnis der ungewöhnlich gründlichen und mühsamen Beratungen des Bundestages ist ein „wasserdichtes“ Volkszählungsgesetz, das die Handhabung der personenbezogenen Angaben der Bürger für Zähler, Erhebungsstellen, Datenverarbeitung und Statistisches Landesamt mit sehr strengen Auflagen versehen hat. Es sind vor allem diese aus dem Urteil des BVG folgenden Auflagen, die die Zählungskosten auf über 700 Mill. DM getrieben haben. Sicherlich gibt es trotz des Volkszählungsgesetzes und der Einbindung der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder nach wie vor viele Bürger, die aus Angst vor der „Macht der Computer“ befürchten, daß ihre Angaben zur Volkszählung unkontrolliert weitergegeben werden.

Bürger, die einen Mißbrauch ihrer Angaben zur Volkszählung fürchten, müssen jedoch wissen, daß ihre persönlichen Daten niemals den abgeschotteten Bereich der Statistischen Ämter verlassen, also in keinem Fall an Dritte weitergegeben werden. Jede Weitergabe von Einzelangaben wäre illegal. Eine solche ungesetzliche Weitergabe hat es aber in der Geschichte der bundesdeutschen amtlichen Statistik noch nie gegeben und hätte auch schwerwiegende Folgen nicht nur strafrechtlicher Art.

Wer dann behauptet, daß die Volkszählung Teil der Sicherheitsgesetze sei und sie verquickt mit den Diskussionen um die Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts und um die Änderung des § 116 Arbeits-

förderungsgesetz, dazu noch Zusammenhänge zu Verkabelungsplänen, Personalinformationssystemen und Geldautomaten behauptet, schafft diffuse „Verdatungs- und Vernetzungsängste“ in der Bevölkerung. Wahr ist, daß, wie gesagt, die Einzelangaben zur Volkszählung den statistischen Bereich nicht verlassen und für nicht-statistische Zwecke nicht zur Verfügung stehen dürfen und werden. Und wer behauptet, die Re-Identifizierung anonymer Einzeldaten sei ein Kinderspiel, sollte zur Kenntnis nehmen, daß dies — sofern überhaupt das entsprechende Zusatzwissen vorhanden ist — nur theoretisch-technisch, nicht jedoch praktisch möglich ist. Denn daß die Daten-Schutzzäune der amtlichen Statistik schier unüberwindlich sind, haben unabhängige Computer-Experten, die sich in der amtlichen Statistik wirklich auskennen, schlüssig dem Bundestags-Innenausschuß bei seiner Anhörung zum Entwurf eines VZ-Gesetzes dargelegt. Und daher hat der Bundestag in genauer Kenntnis dieser Problematik eben dieses Volkszählungsgesetz 1987 beschlossen.

Wem nützt die amtliche Statistik?

Statistiken nützen vor allem natürlich dem Staat, der für Planung, Entscheidungen und Maßnahmen hinreichende Informationsgrundlagen benötigt. Das Argument, Volkszählungen und andere Statistiken brächten keinen Nutzen, weil trotz guter Information schlechte Politik gemacht werde, geht ins Leere: Selbstverständlich bedeutet eine gute Informationsgrundlage noch keine gute politische Maßnahme. Aber ohne ausreichende Information kann es keine gute Politik geben. Wie die tägliche Praxis der amtlichen Statistik zeigt, haben Statistiken erhebliche Bedeutung auch für Wissenschaft, Verbände, Institutionen des öffentlichen Lebens. Vor allem aber auch für Parlamente und hier für die oppositionellen Kräfte. Denn nur auf einer ausreichenden Informationsgrundlage lassen sich gesellschaftliche Zustände und Zusammenhänge bzw. deren Mängel beschreiben. Nur so wird der Erfolg oder Mißerfolg von Regierungshandeln deutlich und damit kontrollierbar. Aus diesem Grunde sind es auch gerade die parlamentarischen Oppositionskräfte, die einen erheblichen Bedarf an detaillierten und exakten statistischen Informationen haben, wie die vielen parlamentarischen Anfragen in kommunalen, Landes- und Bundesparlamenten beweisen.

Volkszählungen, deren Ergebnisse allgemein zugänglich sind, haben ihre historischen Wurzeln nicht zuletzt in der bürgerlichen Aufklärung gegenüber der im Ab-

solutismus geübten staatlichen Geheimniskrämerei. Deswegen haben in den USA Volkszählungen auch Verfassungsrang.

In dem eingangs genannten Roman von Arno Schmidt aus dem Jahre 1956, der das nicht ganz ernst gemeinte Motto für diesen Aufsatz geliefert hat, geht es um einen leidenschaftlichen Sammler von sogenannten Staatshandbüchern des damaligen Königreiches Hannover, die man als eine Art Vorläufer moderner Volkszählung ansehen könnte.

„Mit diesen Bänden erhielt der Untertan alten Stils nämlich zum ersten Male Einblick und Übersicht in die Organisation seines Ländchens ... hatte zum ersten Male statistische Angaben über Größe und Bevölkerung der Provinzen: konnte also ökonomischen Fortschritt oder Rückgang ablesen; nicht minder, als etwa die Hypertrophie des Militärapparates: den er mit seinen mühsamen Steuern finanzierte! —: Die Einführung der Staatshandbücher, sagen wir etwa 1730, bezeichnet den Beginn der Erziehung vom Untertan zum Bürger!

Und ... interessant nur die Erscheinungsdaten der einzelnen Bände! — Zuerst werden sie noch pünktlich herausgegeben: Jahrgang 1841 etwa am 1. November 1840, also handlich fürs kommende Jahr. Auch 48 noch. 50 erscheint schon am 1. Februar des gleichen Jahres: die Restauration setzt ein! Man hatte endlich gemerkt, daß der Pöbel damit viel zu viel Material zu nachdenklichen Vergleichen in die Hände bekam, und entzog dem Kinde langsam und systematisch das gefährliche Spielwerk!“

Wozu die Volkszählung 1987?

Angesichts des komplexen Aufgabengefüges moderner Gesellschaften haben Volkszählungen heute viele und anspruchsvolle Erfordernisse zu erfüllen. Deshalb ist auch die Volkszählung 1987 multifunktional, was sich schon an ihren Zählungsteilen (Gebäude-, Wohnungs-, Berufs-, Arbeitsstättenzählung) ablesen läßt. Aber auch bei der VZ 87 ist das Hauptziel zunächst die möglichst exakte Ermittlung der kommunalen Einwohnerzahlen, deren amtliche Fortschreibung wegen des oft nachlässigen Meldeverhaltens der Bevölkerung mit erheblichen Fehlern behaftet ist. Nach Schätzung vieler Fachleute weisen die Register mehr als 1 Mill. Namen zu viel aus. Selbstverständlich verteilt sich diese Überhöhung nicht gleichmäßig, sondern ist dort höher, wo die

Mobilität größer ist. In Schleswig-Holstein hatte bei der letzten VZ 1970 jede achte Gemeinde einen Fortschreibungsfehler von mehr als $\pm 10\%$. In nicht wenigen Gemeinden lag der Fehler ungewöhnlich hoch, so in einer kleineren Stadt an der Flensburger Förde (30%) oder in einer größeren Gemeinde an der Lübecker Bucht, wo die Volkszählung weniger als 6 000 Einwohner ermittelte, während vorher noch über 10 000 registriert waren. Solche Beispiele lassen sich beliebig fortsetzen. Daß derartige Unsicherheiten keine vernünftige kommunale Planung mehr ermöglichen, versteht sich von selbst. Und daß derartige Fehler auch erhebliche Konsequenzen auf den Finanzausgleich, die Festlegung von Stimmbezirken und Wahlkreisen, die Zuteilung von politischen Mandaten und viele andere bedeutsame Bereiche des öffentlichen Lebens haben, sei hier nur am Rande vermerkt.

Der Fortschreibungsfehler hat aber auch eine strukturelle Komponente, da er sich auf einige Altersjahrgänge besonders gravierend auswirkt, nämlich auf solche, die einen hohen Anteil mobiler Bevölkerung (Soldaten, Ausländer, jüngere Erwerbstätige) verzeichnen. Die Folge sind eine falsche Abbildung des gesamten Altersgefüges und damit fehlerhafte demografische Grundzahlen für zahlreiche Planungen und Berechnungen regionaler und überregionaler Art: für Kindergärten, Schulklassen, Krankenhausbetten, Altenheime ... sowie für Bevölkerungs- und Erwerbspersonenprognosen, die Grundlage für viele wichtige Entscheidungen, z. B. auf rentenpolitischem Gebiet sind. Völlig veraltet sind außerdem die kommunalen Haushaltszahlen, die sämtlich aus der letzten VZ von 1970 stammen. Gewiß: auch ohne Volkszählung weiß man bereits, daß es heute mehr Einpersonenhaushalte und weniger große Haushalte als früher gibt, aber wie die Veränderungen im Detail sind und welche Entwicklungen sich daraus für die Zukunft im einzelnen ableiten lassen, ist oft wichtig zu wissen. Ist doch die Zahl und Struktur der Haushalte der wichtigste Bestimmungsfaktor z. B. für die Nachfrage nach Wohnraum.

Äußerst unsicher sind ferner die statistischen Daten über Ausländer und ihre Lebensverhältnisse, und zwar nicht nur auf kommunaler Ebene. Wie ist heute die Konzentration ausländischer Bevölkerungsgruppen in den Stadtteilen, wie ist deren Wohnsituation, welche Konsequenzen lassen sich daraus für eine verantwortliche Kommunalpolitik ableiten? Lassen sich Hinweise auf Rückkehrabsichten oder Integrationsbereitschaft finden? Fragen, auf die die VZ 87 viele Antworten geben kann. Dort, wo sie es aufgrund ihres eingeschränkten Fragenprogramms nicht vermag, kann sie wenigstens die demografischen Grundmuster freilegen und damit

eine gute Grundlage für nachfolgende Stichproben liefern.

Es ist hier nicht möglich, auch nur annähernd alle wichtigen Aufgaben der VZ 87 für kommunale und regionale Planungen und Entscheidungen aufzuzählen. Wenige weitere Stichwörter mögen genügen, sich eine solide Vorstellung der Erforderlichkeit zu machen: Ermittlung der Erwerbstätigen und Arbeitslosen und — suchenden nach den wichtigsten sozio-ökonomischen Merkmalen, um regionale Arbeitsmärkte hinreichend beschreiben zu können. Dazu gehören vor allem die Erwerbstätigkeit der Frauen, die sich in den letzten 15 Jahren stark verändert hat, sowie die Arbeitslosigkeit Jugendlicher, die von den Arbeitsämtern nur sehr lückenhaft registriert werden kann. Weiter: Veränderung der Bevölkerungsstrukturen in Stadt und Umland aufgrund von Wanderungsprozessen und deren Auswirkung auf die Leistungsfähigkeit der Kommunen. Leerstehende Wohnungen: Schätzungen für die Bundesrepublik Deutschland schwanken je nach Interessenstandort zwischen 200 000 (Mietervereine) und 1 Million (Hauseigentümervereine). Beschreibung lokaler und regionaler Mietwohnungsmärkte (Miethöhen, Ausstattungen der Wohnungen).

Dieser Katalog läßt sich beliebig fortsetzen. Wichtige Stichwörter wie Energieverwendung sowie der gesamte Bereich der Arbeitsstättenzählung sind noch gar nicht genannt. Aber ein Merkmal soll wegen seiner besonderen Bedeutung für die Gemeinden doch noch erwähnt werden, nämlich die Pendlerverflechtung. Über die Frage nach der Anschrift der Arbeitsstätte (bzw. der Schule/Hochschule für Ausbildungspendler) können nämlich nicht nur die Verkehrsbeziehungen zwischen Gemeinden, sondern auch die innerörtlichen festgestellt werden.

Da viele Pendler nicht wissen, in welchem Stadtteil oder Verkehrsbezirk ihr Betrieb liegt, verspricht nur der Umweg über die Anschrift ausreichende statistische Genauigkeit, wobei die Anschrift nicht ausgewertet wird, sondern in den übergeordneten Stadtteil umgeschlüsselt wird. Solche „Pendlerstromtabellen“ beschreiben nicht nur die vielfältigen Verflechtungen zwischen Stadt und Umland, sondern liefern auch aktuelle und differenzierte Informationen für Verkehrsplanungen, und zwar nicht nur für den Autoverkehr.

So läßt sich mit Hilfe der Volkszählung z. B. auch ein recht umfassendes Bild des Fahrradverkehrs in einer Stadt beschreiben. Wie dies allerdings politisch umgesetzt wird, hängt vor allem vom Willen und Geschick der Gemeindevertretung ab.

Der entscheidende Vorteil der VZ besteht jedoch in ihrer kleinräumlichen Auswertbarkeit. Für Landes- oder gar Bundesergebnisse sind im allgemeinen Stichproben völlig ausreichend. Allerdings — und hier schließt sich der Kreis wieder — ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß Volkszählungen gleichzeitig die Auswahlgrundlage für Stichproben, z. B. den Mikrozensus, liefern. Aber unabhängig von der sachlichen Problematik, die mit einem „Ersatz“ von VZ durch Stichproben verbunden wäre — eine Art Mikrozensus mit einem deutlich höheren Auswahlatz als derzeit 1 % müßte es mindestens sein, um wenigsten für größere Städte brauchbare Zahlen zu bekommen — wären die politischen Hindernisse nicht viel geringer, da die VZ-Gegner sich häufig auch gegen den Mikrozensus wenden.

Ein Verzicht auf die VZ würde erhebliche Einbußen an Planungsfähigkeit mit sich bringen, die den Bürger über kurz oder lang treffen würde. Für den Bürger ist aber der sachliche Zusammenhang zwischen seiner Auskunft und der darauf aufbauenden Nutzenanwendung, z. B. Planung eines Kindergartens mit festzulegender Kapazität und zu bestimmendem Standort, meist nicht nachvollziehbar, also abstrakt.

Der weit verbreitete Mangel an Einsicht in die Notwendigkeit vieler Statistiken, so auch der Volkszählung, ist daher nahezu zwangsläufig. Zudem ist dem Bürger oft nicht bewußt, daß er nicht als Person, sondern nur als Träger bestimmter Eigenschaften (weiblich, arbeitslos, 19 Jahre alt) statistisch interessant ist. Und das ist ihm um so weniger bewußt, wenn er, wie bei der VZ, Name und Anschrift angeben muß. Würde aber auf Name und Anschrift verzichtet, wäre es nicht mehr möglich, die Vollständigkeit der Zählung zu gewährleisten, weil nicht mehr zu kontrollieren wäre, wer geantwortet hat und wer nicht, was im Ergebnis auf eine freiwillige Zählung hinausliefe. Bei einer freiwilligen Erhebung wäre, wie die Erfahrung zeigt, der Antwortausfall jedoch so hoch, daß der gesamte Wert der VZ gefährdet wäre, bei der es eben vor allem auch auf die absoluten Zahlen (Randverteilungen) ankommt. Das Ziel der Sozialberichterstattung und der laufenden Beobachtung **gesellschaftlicher** Vorgänge wird verfehlt, wenn bestimmte Gruppen, z. B. Ausländer, notorisch unterrepräsentiert sind.

Gelingt es tatsächlich nicht, die Bevölkerung in ihrer überwältigenden Mehrheit von der Erforderlichkeit oder wenigstens „Harmlosigkeit“ der VZ zu überzeugen, gibt es also eine erhebliche Quote „harter“ oder „weicher“ Verweigerungen, so würde das, wie bereits gesagt, weniger die Landes- und Bundesergebnisse, sondern fast ausschließlich die Qualität kommunaler Zahlen treffen.

Der Altersaufbau der Bevölkerung in ausgewählten Volkszählungsjahren

GRAFIK DES MONATS APRIL 1987

D 5600 Stat. LA S-H

1840

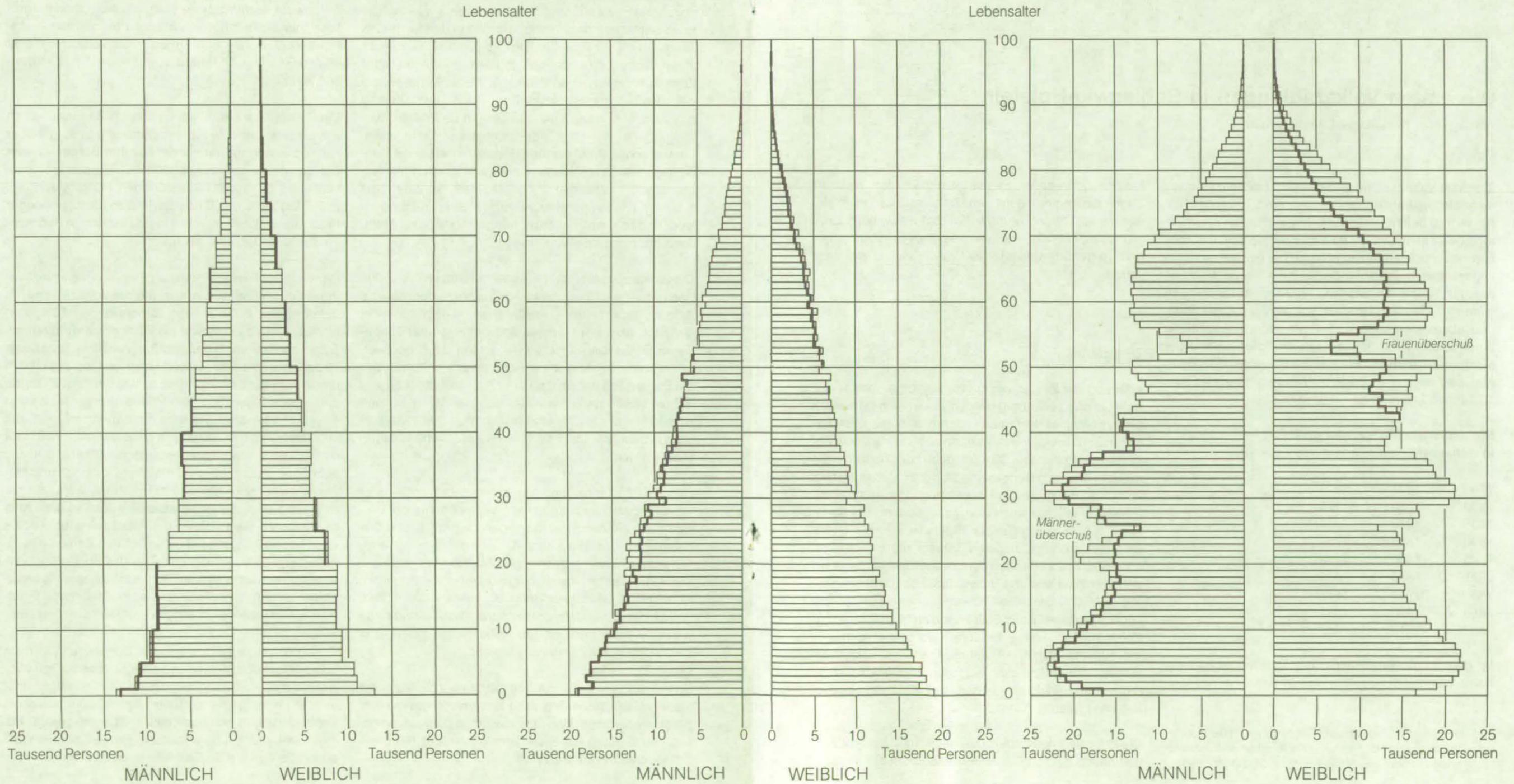
Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg

1900

Provinz Schleswig-Holstein

1970

Land Schleswig-Holstein



Das bedeutet, daß der Boykott einer Minderheit, der sich wohl häufig auch gegen die zentralstaatliche Instanz an sich richtet, tatsächlich die Planungs- und Handlungsfähigkeit der eigenen Gemeinde aufs Spiel setzt. Jeder Bürger, der sich der VZ entzieht, kostet die

Gemeinde auch sehr unmittelbar Geld, denn ihr entgehen Finanzaufweisungen; im Falle Kiels z. B. sind es pro Jahr und Einwohner über 1 600 DM.

Jörg Rüdell

Die ersten Volkszählungen in Schleswig-Holstein

Von Dr. Ingwer Ernst Momsen, Mönkeberg¹⁾

Die erste Volkszählung in Schleswig-Holstein fand vor mehr als zweihundert Jahren statt, am 15. August 1769. Sie wird zu den frühesten Erhebungen dieser Art in Europa gerechnet und hat es daher verdient, in die Erinnerung zurückgerufen zu werden. Die beiden nächsten allgemeinen Volkszählungen wurden jeweils eine Generation später abgehalten, 1803 und 1835. Danach wurde in Schleswig-Holstein, von wenigen Abweichungen abgesehen, alle fünf Jahre eine Volkszählung durchgeführt. Seit dem Ersten Weltkrieg konnte der 5-Jahres-Rhythmus nicht mehr ganz eingehalten werden, und nach dem Zweiten Weltkrieg ging man zum 10-Jahres-Turnus über.

Die Jahre der Volkszählungen in Schleswig-Holstein von 1769 bis 1987

1769	1871	1919
1803	1875	1925
1835	1880	1933
1840	1885	1939
1845	1890	1946
1855	1895	1950
1860	1900	1961
1864	1905	1970
1867	1910	1987

In diesem Aufsatz sollen die ältesten schleswig-holsteinischen Volkszählungen in ihren Grundzügen

beschrieben werden. Es soll gezeigt werden, welchen Zweck die Regierung mit den Volkszählungen verfolgte, wer mit der Durchführung beauftragt war, welche Zählgrundsätze befolgt wurden, was zum Erhebungsprogramm gehörte und wie die Ergebnisse ausgewertet wurden.

Zählgebiet

Während der Zeit, in der die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg mit dem Königreich Dänemark einen gemeinsamen Staat bildeten, d. h. bis 1864, haben in Schleswig-Holstein sieben allgemeine Volkszählungen stattgefunden. Das Zählgebiet deckte sich nicht mit dem heutigen Bundesland Schleswig-Holstein. Das 1920 von Deutschland an Dänemark abgetretene Nordschleswig gehörte noch dazu, desgleichen die durch das Groß-Hamburg-Gesetz 1937 von Schleswig-Holstein an Hamburg gelangten Gebiete, darunter Altona, die größte Stadt des alten Schleswig-Holstein. Dagegen gehörten die Freie und Hansestadt Lübeck und der oldenburgische Landesteil Lübeck (früheres Fürstbistum Lübeck, späterer Kreis Eutin) noch nicht zu Schleswig-Holstein. Drei andere Territorien wurden erst im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert mit Schleswig-Holstein vereinigt: das Herzogtum Holstein-Gottorf (1773), das Herzogtum Glücksburg (1779) und das Herzogtum Lauenburg (1815).

Die in Schleswig-Holstein durchgeführten Volkszählungen haben auch in Dänemark stattgefunden, ferner in

¹⁾ Dr. Momsen, Oberbibliotheksrat an der Universitätsbibliothek in Kiel, ist Historiker und hat seine Doktorarbeit über die Volkszählungen in Schleswig-Holstein vor 1864 geschrieben

den anderen Ländern, die zum sogenannten dänischen Gesamtstaat gehörten, wie Norwegen (bis 1815) und Island. Da die Hauptstadt dieses Reiches Kopenhagen war, saß hier auch die Regierung und die statistische Zentralbehörde für das damalige Schleswig-Holstein.

Nach dem deutsch-dänischen Krieg (1864) und der Eingliederung in Preußen (1867) hat Schleswig-Holstein an den preußischen und deutschen Volkszählungen teilgenommen.

Zweck

Die in Schleswig-Holstein durchgeführten Volkszählungen sollten der zentralen Verwaltung dienen. Sie sollten statistische Daten für verschiedene Ressorts liefern: für die Finanzverwaltung, für die Wirtschaftspolitik, für das Militärwesen usw. Schon 1769 äußerte die Zentralbehörde, die die erste Volkszählung vorbereitete, die Überzeugung, daß für eine gute Staatsverwaltung die Kenntnis der Einwohnerzahl und der Bevölkerungsstruktur von großem Nutzen sei. Als die Zählung beendet war und ihre Ergebnisse in tabellarische Form gebracht werden sollten, vertrat dieselbe Behörde gegenüber dem König die Meinung, daß die Tabellen ermöglichen würden, „daraus — nach der Einteilung der Stände — gewisse das Staatswohl und das allgemeine Beste betreffende Nachrichten ziehen zu können, wie in Hinsicht auf das Fabrikwesen, bei Aushebungen für das Heer und die Flotte, bei Steuerverordnungen, bei der Errichtung von Renten- und Witwenkassen usw.“ Der Kopenhagener Professor Georg Christian Oeder, der mit der Auswertung der Volkszählungsergebnisse von 1769 beauftragt wurde, legte 1772 der Regierung gemeinsam mit den Ergebnissen einen „Plan zur Zählung der Menschen im Staate vor“, in dem er die Wiederholung der Volkszählung alle fünf oder zehn Jahre empfahl. Er begründete seinen Vorschlag damit, daß man dadurch „Kenntnisse sammeln würde, woran sowohl dem menschlichen Geschlechte überhaupt als dem Staate insbesondere und den Dienern des Staates in jedem Theile der Verwaltung desselben unendlich gelegen ist, und die zu seiner Zeit, wenn erst die Operation einigemal wiederholt worden wäre, durch die Vergleichung der Resultate verschiedener Zählungen ein ganz ungemeines Licht über die Staats-Wirtschaft verbreiten würde“. Die Volkszählungen wurden wiederholt, wenn auch zunächst noch nicht in der von Oeder empfohlenen Häufigkeit. Zu den um 1770 genannten Zwecken sollten im 19. Jahrhundert weitere hinzukommen.

Behörden, Organisation

Die Volkszählungen wurden anfangs von der obersten Finanzbehörde des Staates unmittelbar veranstaltet, der sogenannten Rentekammer, später von einer eigenen statistischen Behörde. Die Entstehung und Entwicklung der statistischen Behörde von einem ad-hoc-Kontor (1797) über die Tabellenwerks-Kommission (1833) zum festen Amt, dem Statistischen Bureau (1849), ist mit der Geschichte der Volkszählungen eng verbunden. 1769 wandte sich die Kopenhagener Zentralbehörde mit dem Auftrag zur Volkszählung direkt an die Unterbehörden in den Herzogtümern Schleswig und Holstein, im 19. Jahrhundert schaltete sie die für diesen Landesteil zuständigen Zwischenbehörden ein. Die ausführenden Zählorgane waren die Verwaltungen der untersten Ebene. In den Städten führten unter der Aufsicht des Magistrats die sogenannten Deputierten oder Quartiersmänner die Erhebung durch, in den Ämtern (den Vorgängern der Kreise) unter der Aufsicht des Oberbeamten (Amtmann u. ä.) und Zwischenbeamten (Hardsesvogt u. ä.) die dortigen Lokalbeamten (Kirchspielvogt u. ä.), in den Güterbezirken der jeweilige Gutsbesitzer oder sein Verwalter. Die Verzeichnung erfolgte Straße für Straße, Gebäude für Gebäude, Haushalt für Haushalt. Die Zählbezirke richteten sich nach den Verwaltungsgrenzen. Die Verwaltungsbezirke waren nicht so geschlossen wie heute, viele waren geteilt und zerstreut. Es gab daher Orte, an denen mehrere Obrigkeiten jeweils die eigenen Untertanen zählten. Wenn ein Gezählter sein Alter nicht angeben konnte, sollten die Pastoren aus den Taufregistern Auskunft geben.

Zähltermin, Bevölkerungsbegriff

Die Volkszählung von 1769 fand zu einem Sommertermin statt, die späteren Zählungen zu einem Wintertermin (Februar), weil die arbeitende Bevölkerung dann seßhafter war (Tagelöhner, Landarbeiter, Seefahrer). Wo die Zählung nicht am Zähltag beendet werden konnte, wurde sie an den folgenden Tagen fortgesetzt; Stichtag blieb der eigentliche Zähltag. Ein sogenannter kritischer Moment wurde bis 1860 nicht festgelegt.

Die Auffassung, an welchem Ort vorübergehend An- bzw. Abwesende zu zählen waren, hat im Laufe der Zeit geschwankt. In den Zählweisungen von 1769 läßt sich noch kein genauer Bevölkerungsbegriff erkennen. In den Anweisungen von 1803 wird der Begriff der

In Gemässheit der Allerhöchsten Resolution vom 9^{ten} Juni 1835 soll am 1^{sten} Februar 1860 eine neue allgemeine Volkszählung vorgenommen werden, welche im Wesentlichen auf gleiche Weise, wie die zuletzt am 1^{sten} Februar 1855 nach Maassgabe des Circulaires des Ministeriums vom 15^{ten} December 1854, sowie der Circulaire der vormaligen Schleswig-Holsteinischen Regierung vom 16^{ten} December 1839 und vom 19^{ten} December 1844 beschaffte, unter Zugrundelegung der in den desfälligen gedruckten Regeln enthaltenen Bestimmungen zur Ausführung zu bringen ist.

Indem sämmtliche Civilobrigkeiten in den Landdistricten des Herzogthums Holstein, als namentlich die Oberbeamten, die klösterlichen Obrigkeiten, Districtsdeputationen, Inspectoren der octroirten Koege, die Gutsobrigkeiten für die Kanzeleigüter und die Lübschen Güter, sowie die Justitiare für die Bülowsche und Blomesche Wildniss und für die Lübschen Stadtstiftsdörfer von Vorstehendem unter Mittheilung einer verhältnissmässigen Anzahl

- 1) der Schemas zu den Volkszählungslisten auf dem Lande nebst beigedruckten Regeln, welche bei der Volkszählung zu befolgen sind,
- 2) der Blanquetts zu Verzeichnissen der vorhandenen Volkszahl s. w. d. a. auf dem Lande,
- 3) der Regeln für die Abfassung der Tabellen über die Volkszahl, und
- 4) der Blanquetts zu Tabellen über die Volkszahl

hiedurch in Kenntniss gesetzt werden, werden Dieselben beauftragt, demgemäss die Volkszählung am 1^{sten} Februar 1860 vornehmen zu lassen, desfalls den beikommenden Unterbeamten und Officialen die nöthigen Instructionen zu ertheilen und die gehörig auszufüllenden und zu beglaubigenden Tabellen und Verzeichnisse spätestens bis zum 1^{sten} Mai 1860 an das statistische Bureau in Kopenhagen einzusenden.

Königliches Ministerium

für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg, den 10^{ten} December 1859.

Rotwitt.

F. Hager.

Circulair

Regeln

welche bei der

am 1^{ten} Februar 1860

anzustellenden Volkszählung auf dem Lande zu befolgen sind.

1. Die Volkszählung beginnt sowohl auf dem Lande wie in den Städten am 1ten Februar 1860 und soll, soweit thunlich, am selbigen Tage beendigt werden. Falls Solches indessen nicht ausführbar erscheint, ist die Zählung ununterbrochen jeden Werktag fortzusetzen, bis sie baldmöglichst vollendet ist, wobei bemerkt wird, daß, wo die Zählung auf diese Weise später als am 1ten Februar geschieht, Kinder, welche nach dem 1ten Februar 1860 geboren sind, nicht mitgezählt werden dürfen, sondern als nicht geboren anzusehen sind, wohingegen diejenigen Personen, welche später als am 1ten Februar, aber bevor die Zählung Statt gefunden, mit Tode abgegangen sein möchten, mitgezählt und als lebend betrachtet werden.
2. Die Zählung geschieht durch die Obrigkeit eines jeden Ortes, welcher die Prediger dabei sowie bei der Revision der Listen mit den nöthigen Nachrichten an die Hand zu gehen, wie denn auch die Hausväter, welche zu dem Ende zeitig davon zu benachrichtigen sind, der Anweisung des Beamten schuldige Folge zu leisten haben.
3. Die Zählung geschieht hausweise in der bequemsten Reihenfolge der einzelnen Wohnstellen. In Orten und Dörfern, wo Untertanen von verschiedenen Gerichtsbarkeiten wohnen, nimmt eine jede Obrigkeit bloß die Zählung der ihrigen vor, damit Niemand zweimal in den Listen aufgeführt werde. Alle einzelnen Häuser werden zu denjenigen Dörfern gerechnet, auf deren Feldmark sie liegen, oder, wenn dies ungewiß ist, zu dem nächstbelegenen und werden sodann am Ende der Dorfzählungsliste mit der Beschriftung eines Hauses aufgeführt.
4. Zum Behuf der Zählung sind Schemate und linierte Bogen gedruckt, von denen jene bei der Aufzeichnung zum Muster dienen, diese aber gebraucht werden, um die Rubriken auszufüllen. Bei der Zählung selbst ist auf den Volkszählungslisten die Anzahl der Familien, welche auf jedem Hofe, in jedem Hause oder jeder Wohngelegenheit gefunden werden, zu verzeichnen, wobei bemerkt wird, daß hier unter Familien Haushaltungen verstanden werden, so daß diejenigen, welche zu einer Haushaltung gehören, als zu Einer Familie gehörend gerechnet werden. Abnahmelente, Insten und andere in einem Hause Wohnende werden also nicht als besondere Familien angesehen, wenn sie nicht eine eigene Haushaltung führen, sondern ihren Tisch bei Andern haben. Bei Logirenden, welche ihren Tisch bei Andern, als bei der Familie, bei welcher sie wohnen, haben, ist ein + bei deren Namen in der Familienrubrik zu setzen, um anzudeuten, daß sie nicht zu einer Familie gehören. Demnächst werden auf der Volkszählungsliste alle Personen, welche sich auf dem Hofe, in dem Hause oder in der Wohngelegenheit finden, mit ihrem vollen Namen, ihrem Alter, einer Angabe darüber, ob sie unverheirathet, verheirathet, Wittwer, Wittwen oder geschieden sind, unter welcher letzteren Bezeichnung die von Tisch und Bett Getrennten mitbefaßt

werden, ihrem Geburtsort, ihrer Stellung in der Familie, ihrem Titel, Amt, Geschäft, Handwerk oder sonstigen Nahrungszweig, oder ob sie vom Armenwesen versorgt werden, sowie dem Glaubensbekenntnis, zu welchem sie gehören, verzeichnet. Wenn zwei oder mehrere Familien auf demselben Hofe oder in demselben Hause wohnen, sind sie durch einen Strich von einander zu trennen. Betreibt jemand verschiedene Nahrungszweige, so wird er mit demjenigen angeführt, von welchem er hauptsächlich lebt. So ist z. B. derjenige, welcher etwas Ackerwirthschaft betreibt, aber doch vornämlich von der Schmiedeprofession lebt, nicht als Landwirth, sondern als Schmitz zu bezeichnen.

Die Namen von Personen, welche des Verstandes beraubt sind, von Taubstummen, gleichwie von Tauben und Blinden, worunter diejenigen verstanden werden, welche des Gehörs oder Gesichts gänzlich beraubt sind, werden unterstrichen, damit die Anzahl derselben leichter aufgemacht und die betreffende Rubrik darnach ausgefüllt werden kann.

Die allgemeine Regel bei der Volkszählung ist, daß Jeder an dem Orte hier im Lande gezählt werden soll, wo er sich an Zählungstage befindet und daß keiner da mitgezählt wird, wo er nicht seinen Aufenthalt hat. Ein Mann, der festen Dienst oder Arbeit an einem andern Orte hat als an dem, wo seine Familie wohnt, wird daher nicht mitgezählt da wo die Familie verzeichnet wird, sondern an dem Orte, wo er seine feste Arbeit und Nachtquartier hat. Von der allgemeinen Regel wird jedoch die Ausnahme gemacht, daß diejenigen, welche aus dem Lande gereist sind, von denen aber angenommen wird, daß sie hierher zurückkehren, nicht ausgelassen werden. Sollte daher eine auf dem Hofe, in dem Hause oder der Wohngelegenheit zu Hause gehörige Person aus dem Lande gereist sein, z. B. wenn ein Sohn auf Kauffahrteifahrt zur See ist, und es wird angenommen, daß dieselbe ins Land zurückkehren werde, so ist eine solche Person zuletzt unter den zur beikommenden Familie gehörenden Personen aufzuführen, und eine O vor ihren Namen zu setzen, gleichwie, soweit thunlich, in der Anmerkungsrubrik anzuführen ist, wo der Betreffende sich vermuthlich befindet.

5. Es ist das laufende und nicht das vollendete Jahr des Lebensalters anzuführen und wird demnach bei einem neugebornen Kinde 1, und bei dem, welcher z. B. in seinem 26sten Jahre steht, 26 und nicht 25 gesetzt.
6. Da die anzustellende Volkszählung zum Zweck hat, eine vollständige Uebersicht über die Bevölkerung und deren verschiedene Bestandtheile zu gewinnen, so ist dabei mit der größten Genauigkeit zu verfahren und Beikommenden vorkommenden Falls zu bedeuten, daß nicht der geringste Grund vorhanden sei, irgend welche Aufklärung, welche bei dieser Gelegenheit gefordert werde, zu verschweigen. Wenn es unter Umständen angemessen befunden werden sollte, dem Besitzer oder Vorsteher eines Hauses z. B. eines Armenhauses oder eines sonstigen öffentlichen Gebäudes die Zählung der darin wohnenden Personen zu überlassen, so ist derselbe vorher von den dabei zu befolgenden Regeln gehörig zu unterrichten und hat derselbe demnach die Richtigkeit der von ihm einzuliefernden Liste unter seinem Namen zu bezeugen.
7. Wenn auf solche Weise sämtliche Personen in dem betreffenden District aufgezeichnet sind, ist der am Schluß der Liste angeführte summarische Extract von demjenigen, welcher die Volkszählung angefertigt hat, abzufassen, damit es leicht zu ersehen ist, wie viele Höfe und Häuser er aufgezählt hat, wie viele Familien selbige bewohnen, sowie aus wie vielen Personen diese bestehen, wornächst er unaufhältlich die Liste oder Listen an die bekommende Obrigkeit abzuliefern hat. Diese hat alsdann mit Hülfe dieser Aufzeichnungen Tabellen über die Volksmenge des ganzen Districts auszuarbeiten.

Schema

zu den Volkszählungslisten auf dem Lande.

Dorf N. N. Kirchspiel oder Kirchspielvogteidistrikt oder Gut N. N. Amt oder Güterdistrikt N. N.

Name des Jurisdictionsbezirks, der Dörfer oder Ortschaften, Höfe, Häuser sowie der dahin gehörigen Wohnstellen.	Anzahl der Familien.	Voller Name sämtlicher Personen.	Alter jeder Person, das laufende Jahr des Alters mitgerechnet.	Ob verheirathet, unverheirathet, Wittwer, Wittwe oder geschieden.	Geburtsort, nämlich Name der Stadt, oder auf dem Lande des Kirchspiels und Amtes, und bei Ausländern und den in den Nebenländern oder Colonien Geborenen, das Land, wo sie geboren sind.	Stellung der Personen in der Familie, Titel, Amt, Geschäft, Handwerk oder sonstiger Nahrungszweig, oder ob sie vom Armenwesen versorgt werden.	Glaubensbekenntniß.	Von diesen sind:													
								Taufsumme.	Leute.	Blinde.	des Verstandes beraubt:										
N. N. Garde, Kirchspielvogteidistrikt zc. Dorf N. N. 1. Pastoratshaus.	1	Hans Steffens	45	verheirathet	Kiel	Hauptpastor, Hausvater.	Lutheraner														
		Marie geb. Lange	40	do.		Do.	seine Ehefrau.	do.													
		Carl Steffens	12	unverheir.		hier im Dorfe	} ihre Kinder.	do.													
		Johanne Steffens	8	do.		Do.			do.												
		Johanne Steffens	8	do.		Wittwe	Schleswig	Schwiegermutter des Hausvaters, wird von demselben unterhalten.	do.												
		Caroline Lange	73	do.					do.												
Hans Lüth	37	Wittwer			Kirchspiel Niensbüden, Herrschaft Winneberg	} Diensthoten.	do.														
Marie Nielsen	21	unverheir.			hier im Dorfe			Lutheranerin													
2. Hufen- gebäude.	1	Peter Jensen	56	verheirathet	Kirchspiel Norderf, Amt Rendsburg	Hufner, Hausvater.	Lutheraner														
		Anna Jensen geb. Ramm	48	do.		Do.	seine Frau.	Lutheranerin													
		Detlef Möller	20	unverheir.		hier im Dorfe	} Pflegekind in Sohns Stelle.	Lutheraner	1												
		Margareta Jahn	28	do.		Do.			do.												
		Johann Martens	30	verheirathet			Do.	} Diensthoten.	do.												
3. Haus.	1	Catharina Hansen	60	Wittwe	Rendsburg.	Landwirths-Wittwe, lebt von ihrer Ackerwirthschaft, Hausmutter.	do.														
		Christian Hansen	26	unverheir.		hier im Dorfe	} ihr Sohn dient bei seiner Mutter.	do.													
		Marg Hansen	19	do.		Do.			do.												
		Sophie Hansen	14	do.		Do.	} ihre Tochter.	do.													
		Adolph Anker	59	do.		Hamburg		Kapitalist.	Reformirter												
4. Mühlen- gebäude.	1	August Nebel	70	geschieden	Frankreich	Müller, Hausvater.	Katholik														
		Elisabeth Meyer geb.	41	Wittwe		Odense	Haushälterin.	Lutheranerin													
		Jacob Nebel	26	unverheir.		hier im Dorfe	} Sohn, des Hausvaters, Steuer- mann.	Lutheraner													
		Hinrich Harm	22	do.		Lauburg		Müllergesell.	do.												
		Paul From	21	do.		Oldenburger	Do.	do.													
		Franz Schmidt	17	do.		hier im Dorfe	Müllerlehrling.	do.													
		Dorothea Schmidt	28	do.		Do.	Dienstmädchen.	do.													
5. Kirchen- gebäude.	1	Hans Thiesßen	50	verheirathet	Altona	Weter, Hausvater.	Wennonit														
		Anna Thiesßen geb. Hinz	47	do.		Do.	seine Frau.	do.													
6. Abnahme- gebäude.	1	Jasper Rohlf	48	verheirathet	Oldesloe	Inste, Hausvater.	Lutheraner														
		Marie Rohlf geb. Peters	42	do.		hier im Dorfe	seine Frau.	do.													
7. Kirchen- gebäude. (einzelnes Haus).	1	Peter Petersen	76	do.	Kirchspiel Tetzgen, Amt Segeberg	} Abschiedskente; leben von der Abnahme und erhalten Unterstützung aus der Armencaße.	do.														
		Christine Petersen geb. Tetzgen	70	do.			Do.		do.												
7. Kirchen- gebäude. (einzelnes Haus).	1	Jasper Thode	36	do.	Gut Vorstel, Igehoer Güterdistrikt	Kirchbesitzer, Hausvater.	do.														
		Susanne Thode g. Nicken	32	do.		Igehoer	seine Frau.	do.													
		Peter Nicken	37	unverheir.		Do.	Inste, Tagelöhner.	do.													

Statistisches Tabellen-Werk.

Herausgegeben

von

der allerhöchst ernannten Commission.

— — — — —

Erstes Heft,

enthaltend eine detaillierte Darstellung der Volkszahl in den Herzogthümern Schleswig, Holstein und Lauenburg am 1ten Februar 1840; summarische Tabellen über die Volkszahl zu derselben Zeit in dem Königreiche Dänemark, und Tabellen über die in den Herzogthümern Schleswig und Holstein Gebornen, Confirmirten, Copulirten und Verstorbenen, für die Zeit vom 1ten Februar 1835 bis 1ten Februar 1840.

Die untenstehende Tabelle giebt eine Uebersicht über die Vertheilung der Bevölkerung in den Herzogthümern im Jahre 1840 nach Nahrungszweigen, der zur Vergleichung eine summarische Angabe der im Königreiche von jedem Nahrungszweige Lebenden hinzugefügt ist. Jeder Nahrungszweig ist unter 4 Abtheilungen oder Rubriken dargestellt, die der Kürze wegen in der Tabelle nur mit Litr. a, b, c und d bezeichnet sind.

Litr. a enthält die Zahl der Hauptpersonen oder derjenigen, welche selbstständig das Geschäft oder den Nahrungszweig treiben, der zu jeder Classe gehört.

Litr. b enthält die Zahl der Gehülfen, Bevollmächtigte, Comtoirbediente, Gesellen, Lehrlinge oder festen Arbeiter, die directe in dem Betriebe beschäftigt sind. Diese Rubrik macht mithin ein Supplement der ersten Rubrik aus, wenn die Frage ist von der ganzen Anzahl der in einem Nahrungszweige directe Beschäftigten, nemlich a) als Hauptpersonen, b) als Gehülfen. Wittwen, welche das Geschäft ihrer Männer fortsetzen oder ein anderes besonderes Geschäft treiben, sind als Hauptpersonen unter der Rubrik a angeführt, ihre Söhne aber oder Andere, welche dem Betriebe vorstehen, in der Rubrik b. Ebenso sind Hausfrauen, die für sich ein anderes Geschäft als ihre Männer betreiben, als Hauptpersonen in der Rubrik a aufgeführt, jedoch nur insoweit sie nicht blos durch Hausfleiß als Nähen, Spinnen oder Stricken zum Unterhalt der Familie beitragen, in welchem Falle sie in der Rubrik d aufgeführt sind.

Litr. c enthält die Zahl der zu jeder Classe gehörenden Dienstboten, wozu auch landwirthschaftliche Arbeitsleute gerechnet sind; denn obgleich diese, insoweit sie Gehülfen bei der Landwirthschaft sind, wohl eigentlich richtiger zur Rubrik b zu rechnen wären, so würde es doch oft schwierig gewesen sein, eine bestimmte Gränze zwischen solchen Dienstboten zu ziehen, welche wirklich als Gehülfen bei der Landwirthschaft angesehen werden können, und solchen, deren Geschäfte hauptsächlich in anderen Arbeiten für die Haushaltung bestehen. Es schien deshalb zweckmäßiger diese alle in die Rubrik der Dienstboten aufzunehmen. Auch schien es besser bei jedem einzelnen Nahrungszweige die Zahl der Dienstboten anzuführen, die durch denselben beschäftigt und versorgt wird, als die Dienstboten als eine eigene Classe von Nahrungstreibenden zu betrachten, da es von Interesse sein könnte, zu sehen, wie viele Menschen im Ganzen in jeder Nahrungscasse versorgt werden, und da überdies die Gesamtzahl der Dienstboten sich aus der Summirung dieser Rubrik ergibt.

Litr. d endlich enthält die Zahl der Frauen und Kinder, sowie Anderer, wie Hauslehrer und Lehrerinnen, Verwandte u. s. w., die von jeder Classe versorgt werden. Wenn die in einer Familie zu Hause gehörenden Kinder als Comtoiristen, Gesellen und Lehrlinge bei den Eltern arbeiten, sind sie als Gehülfen in die Rubrik b gesetzt, wenn sie dagegen blos Dienstbotengeschäfte verrichten, sind sie in der Rubrik d verblieben, da es oft schwierig gewesen sein würde zu bestimmen, welche von den zu Hause gehörenden Kindern als Dienstboten ihrer Eltern anzusehen sein möchten.

Die Tabelle zeigt nun, wie viele Menschen von 1000 unter jede der obengenannten 4 Rubriken oder Abtheilungen der in der Tabelle aufgeführten Hauptclassen von Nahrungszweigen gehören, sowie die Summe aller 4 Rubriken.

Unter 1000 Menschen waren:

	in den Städten und Flecken.				auf dem Lande.				in den Städten und Flecken und auf dem Lande.				Zusam- men.	im Kö- nig- reiche.
	a	b	c	d	a	b	c	d	a	b	c	d		
1. Geistliche Beamte, Kirchenbediente und der Lehrstand	3,07	0,97	2,93	10,21	3,37	0,49	3,32	10,92	3,30	0,61	3,23	10,75	17,89	20,68
2. Civilbeamte und Bediente. ..	5,62	4,93	7,96	25,96	1,45	1,00	2,75	6,27	2,44	1,93	3,98	10,92	19,27	22,29
3. Privatisirende Gelehrte, Literati, Künstler, Studirende oder Andere, die sich zu einem wissenschaftlichen Examen vorbereiten oder vom Stunden-Unterrichtgeben leben.....	6,40	0,85	2,11	7,92	0,68	0,05	0,31	1,53	2,03	0,24	0,74	3,03	6,04	4,52
4. Officiere und Beamte des Landmilitair-États	1,57	0,05	1,71	3,35	0,02	0,01	0,08	0,09	0,39	0,02	0,47	0,86	1,74	2,92
5. Officiere und Beamte des Seemilitair-États	0,02	0,01	0,03	0,04	0,00	0,00	0,01	0,01	0,02	0,97
6. Unterofficiere und Soldaten..	13,42	0,21	8,02	0,09	0,02	0,08	3,25	0,06	1,95	5,26	7,89
7. Matrosen:	0,09	0,01	0,19	0,27	0,07	0,00	0,15	0,21	0,43	4,45
8. Von der Landwirthschaft Lebende.....	4,03	0,93	5,45	14,46	56,33	6,92	108,08	227,61	43,97	5,50	83,83	177,23	310,53	465,12
9. Von der Seefahrt Lebende...	11,72	5,86	2,74	36,29	5,53	1,01	1,16	12,51	6,99	2,15	1,54	18,13	28,81	27,53
10. Von der Veredlung oder Verarbeitung der Producte Lebende oder die industrielle Classe	88,02	76,31	28,68	247,00	38,13	12,85	8,68	104,34	49,92	27,86	13,41	138,05	229,24	195,28
11. Vom Handel und Waarenumsatz Lebende.....	26,81	11,73	25,01	72,56	1,92	0,29	4,48	15,63	10,10	2,99	9,34	29,09	51,52	35,89
12. Pensionisten, Capitalisten und Andere, die von ihrem Vermögen leben	14,95	5,83	12,74	18,94	2,88	17,49	18,00	3,57	16,37	37,94	37,38
13. Tagelöhner	38,27	0,93	90,56	71,42	1,43	200,42	63,59	1,31	174,45	239,35	132,64
14. Vom Almosen Lebende.....	52,59	43,46	45,62	45,62	29,98
15. In den Strafanstalten befindliche Personen	1,10	1,28
16. Arrestanten:	0,43	0,58
17. Personen, welche keinen bestimmten Nahrungszweig haben	6,59	0,08	0,52	6,07	1,10	0,00	0,03	1,07	2,39	0,02	0,14	2,26	4,81	10,60

„Wohnbevölkerung“ sichtbar. 1835, 1840 und 1845 ist die „Wohnbevölkerung“ gezählt worden. Mit der Umwandlung der statistischen Zentralbehörde zwischen 1848 und 1850 wechselte auch der Bevölkerungsbe-griff. 1855 und 1860 wurde die „ortsanwesende Bevöl-kerung“ gezählt.

Erhebungsprogramm

Die Zahl der Erhebungsmerkmale hat sich von 1769 bis 1860 annähernd verdoppelt. Ein Grundbestand wurde regelmäßig erfragt (Geschlecht, Alter, Familienstand, Stellung im Haushalt, Beruf), weitere Merkmale kamen im 19. Jahrhundert hinzu (Geburtsort, Religionszugehörigkeit, körperliche und geistige Gebrechen). Die Übersicht zeigt, welche Merkmale bei den einzel-nen Volkszählungen erhoben wurden. Neben der Ge-samteinwohnerzahl wurde von 1803 bis 1860 auch die Zahl der Haushalte ermittelt. 1855 und 1860 war der vermutliche Aufenthaltsort der vorübergehend im Aus-land befindlichen Personen anzugeben.

Da sämtliche Volkszählungen nach dem Merkmal des Berufs oder Unterhalts fragten, dürfen sie wohl zugleich „Berufszählungen“ genannt werden.

Merkmal	Volkszählungen						
	1769	1803	1835	1840	1845	1855	1860
Geschlecht	X	X	X	X	X	X	X
Alter	X	X	X	X	X	X	X
Familienstand	X	X	X	X	X	X	X
Religions- zugehörigkeit			(X)	(X)	(X)	X	X
Geburtsort					X	X	X
Körperliche Gebrechen	[X]					X	X
Geistige Gebrechen	[X]				X		X
Stellung im Haushalt	X	X	X	X	X	X	X
Beruf oder Unterhalt	X	X	X	X	X	X	X

Zeichenerklärung: X = offiziell erhobenes Merkmal
(X) = inoffiziell erhobenes Merkmal
[X] = nicht offiziell erhobenes, aber mittelbar zustande gekommenes Merkmal

Zählung, Auswertung, Veröffentlichung

In sämtlichen Volkszählungen ist mit Listen gezählt wor-den. Die Zähllisten (Verzeichnisse) wurden ab 1803 von

der veranstaltenden Zentralbehörde entworfen, ge-druckt und an die örtlichen Zählorgane verteilt. Die Aus-führung der Zählung wurde durch vorgegebene Zähl-vorschriften geregelt, denen später ein ausgefülltes Blatt der Zählliste als Muster beigegeben war.

Die Volkszählung von 1803 ist durch die veranstaltende Zentralbehörde, die Zählungen von 1769 und 1835 bis 1860 sind dagegen von den örtlichen Zählorganen auf-bereitet worden. Diese hatten die Zählungsergebnisse aus den Zähllisten in Tabellenformulare zu übertragen, die von der Zentralbehörde vorbereitet worden waren. Die Arbeit, die der Zentralbehörde verblieb, bestand nur noch in der Addition der Tabellenwerte und der Inter-pretation der Gesamtwerte. Die zentrale Aufbereitung der Zählung 1803 garantierte einheitliche Verfahren und genaue Ergebnisse, dauerte aber sehr lange. Dagegen erlaubte die dezentrale Aufbereitung einen Abschluß des ganzen Unternehmens in kurzer Zeit.

Die Ergebnisse der Volkszählungen von 1769 und 1803 sind nicht amtlich veröffentlicht worden, weil es dafür zu jener Zeit noch keinen Bedarf gab. Für die Zwecke der zentralen Verwaltung genügten einige Exemplare des handgeschriebenen Tabellenwerks. Dies änderte sich in den 1830er Jahren, als die Verwaltung endgül-tig erkannt hatte, welchen Nutzen aktuelle statistische Angaben haben, und auch das öffentliche Interesse an der Statistik zu wachsen begann. 1831 hatte der Kö-nig beratende Ständeversammlungen zugestanden, Vorformen parlamentarischer Vertretung und Mitwir-kung. Diese benötigten für ihre Beratungen konkrete Informationen, u. a. statistische Unterlagen. Gleichzei-tig bedurfte die Regierung verbesserter statistischer An-gaben, um die Vorschläge der Ständeversammlungen richtig bewerten zu können. Die amtliche Statistik be-gann sich jetzt zu entfalten, Volkszählungen, aber auch andere Erhebungen wurden von nun an regelmäßig durchgeführt und die Ergebnisse im sogenannten „Sta-tistischen Tabellenwerk“ („Statistisk Tabelvaerk“) veröf-fentlicht. Bis zum Ausscheiden Schleswig-Holsteins aus dem dänischen Staatsverband 1864 wurden — über-wiegend dänisch-, teils aber auch deutschsprachig — insgesamt 51 großformatige Bände gedruckt, davon zehn mit den Ergebnissen der Volkszählungen dieses Zeitraums.

Erhaltene Unterlagen

Die gedruckten Hauptergebnisse (Statistisches Tabel-lenwerk) der Volkszählungen von 1835 bis 1860 kön-

nen in der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek in Kiel oder der Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel noch heute eingesehen werden. Aber auch ihre Vorformen, die handschriftlichen Tabellen auf Lokal-, Regional- und Landesebene seit 1769 und sogar die originalen Zähllisten seit 1803 sind überwiegend erhalten, teils im Landesarchiv Schleswig-Holstein in Schleswig, teils im dänischen Reichsarchiv in Kopenhagen. Dort kann der Privatmann sie einsehen, der seine Vorfahren kennenlernen möchte, ebenso wie der Historiker, der etwa den Wandel von der Agrar- zur Industriegesellschaft in

Schleswig-Holstein studieren will. Die alten Volkszählungen bieten aber auch dem Statistiker interessante Vergleichs- und Anknüpfungspunkte, um Entwicklungen und Veränderungen für jedermann sichtbar zu machen.

Weiterführende Literatur

Ingwer Ernst Momsen: *Die allgemeinen Volkszählungen in Schleswig-Holstein in dänischer Zeit (1769 - 1860), Geschichte ihrer Organisation und ihrer Dokumente.* Neumünster, Wachholtz-Verlag, 1974. 218 Seiten.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1-5“: „1 bis unter 5“.

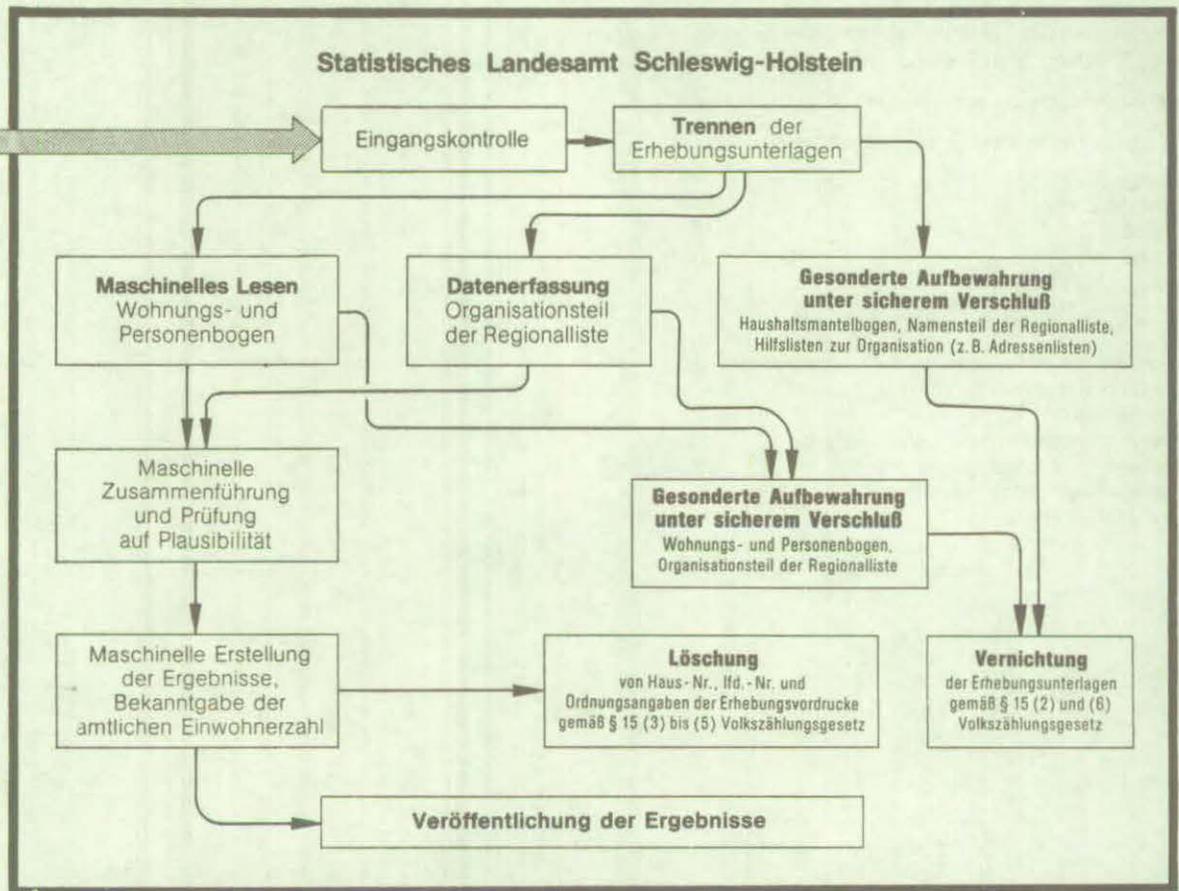
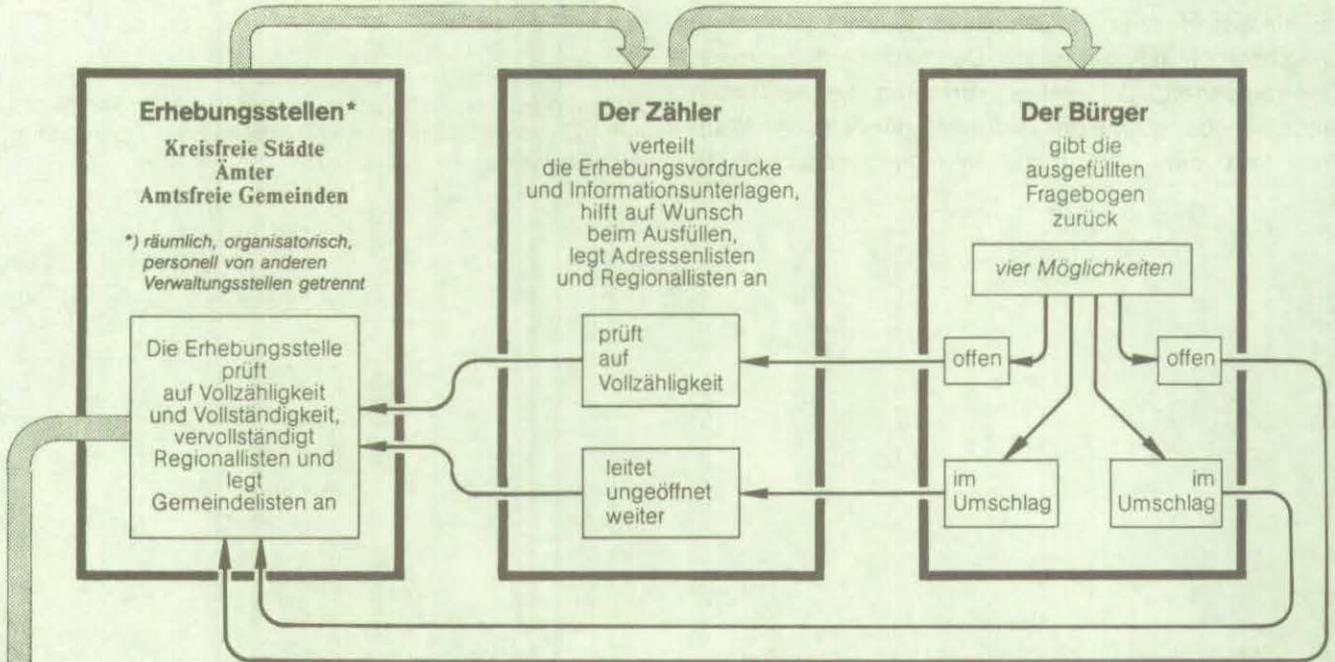
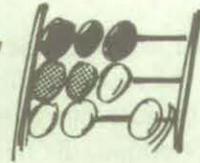
Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

- p = vorläufige Zahl
- r = berichtigte Zahl
- s = geschätzte Zahl
- D = Durchschnitt

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

Ablauf der Volkszählung 1987



STATISTISCHE MONATSCHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

39. Jahrgang . Heft 4 . April 1987

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1984	1985	1985/86			1986/87				
				Monats- durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT											
*BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 615	2 614	2 614	2 614	2 614	2 614	
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG											
*Eheschließungen	Anzahl	1 254	1 254	1 182	560	699	861	1 294	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		5,8	5,8	5,3	2,5	3,5	4,0	5,8	
*Lebendgeborene	Anzahl	1 913	1 925	1 881	1 887	1 821	1 933	2 136	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		8,8	8,8	8,5	8,5	9,1	9,0	9,6	
*Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 565	2 611	2 719	2 547	2 519	2 529	2 828	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,8	12,0	12,2	11,5	12,6	11,8	12,7	
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	18	16	23	10	14	16	18	
* je 1 000 Lebendgeborene		9,4	8,3	12,2	5,3	7,7	8,3	8,4	
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 652	- 686	- 838	- 660	- 698	- 596	- 692	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 3,0	- 3,1	- 3,8	- 3,0	- 3,5	- 2,8	- 3,1	
WANDERUNGEN											
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	5 582	5 461	4 426	5 109	4 047	4 682	
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 164	4 746	4 370	4 847	3 434	4 553	
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 418	+ 715	+ 56	+ 262	+ 613	+ 129	
*Innerhalb des Landes Umgezogene ¹⁾	Anzahl	10 213	10 057	9 151	10 249	7 939	9 341	
Wanderungsfälle	Anzahl	20 958	20 265	17 947	20 205	15 420	18 576	
ARBEITSLAGE											
*Arbeitslose (Monatsende)	1 000	109	118	125	137	137	108	117	130	130	
darunter *Männer	1 000	64	69	72	82	83	60	67	79	79	
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	13,7	11,8	11,6	17,0	17,5	11,9	14,9	20,7	19,2	
darunter Männer	1 000	12,0	10,3	10,3	15,4	16,1	10,4	13,0	18,2	17,7	
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	2,7	2,9	2,4	2,9	3,8	3,7	3,6	4,2	5,3	
LANDWIRTSCHAFT											
VIEHBESTAND											
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 627 ^a	1 592 ^a	1 592	.	.	p 1 539	.	.	.	
darunter *Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	545 ^a	526 ^a	526	.	.	p 514	.	.	.	
*Schweine	1 000	1 767 ^a	1 743 ^a	1 743	.	.	p 1 718	.	.	.	
darunter *Zuchtsauen	1 000	191 ^a	193 ^a	193	.	.	p 191	.	.	.	
darunter *trächtig	1 000	130 ^a	129 ^a	129	.	.	p 130	.	.	.	
SCHLACHTUNGEN²⁾											
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	45	45	42	45	38	56	46	48	41	
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	0	1	1	1	1	
*Schweine	1 000 St.	240	232	223	240	208	234	232	226	205	
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	4 ^b	3 ^c	5	5	3	6	5	5	3	
*SCHLACHTMENGEN³⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN²⁾ (ohne Geflügel)											
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	31,7	31,8	29,7	32,0	27,6	34,8	31,8	32,2	28,3	
*Kälber	1 000 t	12,4	12,7	11,7	12,4	10,6	15,5	12,9	13,7	11,6	
*Schweine	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
*Schweine	1 000 t	19,1	18,7	17,7	19,3	16,8	19,0	18,6	18,3	16,5	
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für²⁾											
Rinder (ohne Kälber)	kg	281	286	283	283	285	286	285	289	291	
Kälber	kg	108	115	112	114	110	115	117	118	108	
Schweine	kg	81	82	81	82	82	83	82	82	82	
GEFLÜGEL											
Eingelegte Bruteier ⁴⁾	1 000	152	151	
*für Legehennenküken für Masthühnerküken	1 000	850	2	
*Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	832	274	
*MILCHERZEUGUNG											
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	96	96	95	p 95	p 94	p 94	95	p 95	p 94	
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,1	13,3	12,4	p 13,0	p 13,0	p 12,1	12,6	p 12,7	p 12,8	

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht.

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember b) Winterhalbjahr 1984/85 = 5 c) Winterhalbjahr 1985/86 = 4

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1984	1985	1985/86			1986/87				
				Monats- durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
PRODUZIERENDES GEWERBE											
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾											
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	165	166	166	165	165	167	166	164	163	
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	113	114	114	113	113	115	113	112	111	
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	16 139	15 970	14 668	15 637	15 539	15 948	14 457	14 920	14 926	
*Lohnsumme	Mill. DM	306,1	319,1	332,6	306,7	281,5	397,2	338,2	303,5	280,8	
*Gehaltssumme	Mill. DM	207,1	216,4	235,8	211,0	205,2	304,4	244,2	220,3	215,0	
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 647	1 733	1 782	1 590	1 594	2 077	1 679	1 575	1 548	
aus dem Inland	Mill. DM	1 143	1 155	1 156	1 052	1 061	1 240	1 058	1 106	1 053	
aus dem Ausland	Mill. DM	503	578	626	538	533	837	621	469	496	
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 020	3 046	3 156	2 960	2 712	3 177	3 186	2 772	2 630	
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 346	2 390	2 475	2 269	2 136	2 409	2 597	2 057	2 052	
*Auslandsumsatz	Mill. DM	674	656	682	690	577	768	589	715	578	
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	19	17	
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	39,5	38,6	
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³	
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³	
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	79	72	
*leichtes Heizöl	1 000 t	9	8	
*schweres Heizöl	1 000 t	70	63	
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	236	240	239	235	235	307	231	245	245	
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	24	25	32	26	23	35	27	25	23	
*Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe ⁶⁾	1980 = 100	103,6	104,7	111,8	93,8	r 99,9	116,6	111,2	97,1	...	
BAUHAUPTGEWERBE⁷⁾											
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	47 249	41 345	40 053	37 528	36 001	40 191	38 875	35 994	...	
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 156	4 231	3 096	2 400	1 792	4 492	3 442	1 521	...	
darunter für											
*Wohnungsbauten	1 000	2 155	1 606	1 155	1 006	676	1 669	1 332	662	...	
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 119	946	763	688	528	952	766	417	...	
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 749	1 581	1 102	659	554	1 765	1 260	412	...	
*Lohnsumme	Mill. DM	108,4	86,2	67,4	49,5	36,6	116,9	87,6	45,0	...	
*Gehaltssumme	Mill. DM	19,7	18,3	18,6	16,1	15,5	25,6	17,9	15,6	...	
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	364,1	319,2	404,9	142,2	147,5	422,7	486,8	118,1	...	
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	209,2	196,4	168,6	104,4	163,9	157,0	163,5	102,3	...	
AUSBAUGEWERBE⁹⁾											
Beschäftigte	Anzahl	8 083	7 486	7 207	6 933	6 798	7 347	7 174	6 946	...	
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	970	880	805	807	735	858	828	773	...	
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	20,1	18,5	18,5	16,0	14,5	21,6	19,8	16,4	...	
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	59,2	55,1	97,0	30,0	34,9	61,9	90,7	28,5	...	
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG¹⁰⁾											
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	1 842	1 732	2 029	2 126	1 989	2 142	2 866	3 090	...	
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	861	891	1 005	1 082	999	1 010	999	1 133	...	
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³	
HANDWERK											
HANDWERK (Meßzahlen)¹¹⁾											
4. Vj. 85											
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	101,8	97,7	98,8	.	.	.	98,5	.	.	
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	135,0	130,9	153,4	.	.	.	161,7	.	.	
4. Vj. 86											

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₂ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 10) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1984	1985	1985/86			1986/87			
				Monats- durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.
BAUTÄTIGKEIT										
BAUGENEHMIGUNGEN										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	503	459	390	336	367	327	255	231	289
darunter mit										
*1 Wohnung	Anzahl	385	384	357	290	305	285	226	203	267
*2 Wohnungen	Anzahl	73	51	20	31	47	30	16	12	16
*Rauminhalt	1 000 m ³	458	346	255	276	267	240	187	186	189
*Wohnfläche	1 000 m ²	83	63	49	48	49	44	34	34	36
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	122	114	121	65	55	99	87	70	61
*Rauminhalt	1 000 m ³	408	424	566	235	225	404	452	291	175
*Nutzfläche	1 000 m ²	71	72	93	42	38	59	90	48	32
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 075	786	635	567	593	524	401	384	390
HANDEL UND GASTGEWERBE										
AUSFUHR										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	840,1	836,1	873,2	927,2	720,8	663,6	1 006,1	908,9	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	129,6	129,8	136,7	143,8	120,5	119,6	129,4	120,6	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	710,5	706,3	736,6	783,5	600,3	544,0	876,8	788,3	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	18,4	17,3	16,3	16,9	16,8	15,2	12,5	12,5	...
*Halbwaren	Mill. DM	71,0	69,0	60,1	75,3	45,3	42,9	37,7	40,0	...
*Fertigwaren	Mill. DM	621,1	620,0	660,2	691,3	538,2	485,9	826,6	735,8	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	85,4	94,9	78,1	86,5	88,6	81,6	83,8	80,6	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	535,7	525,2	582,0	604,8	449,6	404,3	742,8	655,2	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	346,5	386,5	377,4	433,2	387,9	330,9	389,8	330,6	...
darunter Niederlande	Mill. DM	70,8	87,5	86,0	93,7	73,9	56,7	70,4	64,3	...
Dänemark	Mill. DM	73,6	78,2	76,0	99,2	75,0	61,2	70,5	58,7	...
Frankreich	Mill. DM	62,6	68,9	63,2	82,3	76,2	63,3	73,2	63,3	...
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	55,7	60,8	69,3	64,0	63,9	60,1	68,3	62,5	...
*EINZELHANDELSUMSÄTZE (Meßzahl)	1980 = 100	109,9	111,5	135,8	101,8	95,6	115,7	144,5
*GASTGEWERBEUMSÄTZE (Meßzahl)	1980 = 100	106,5	107,5	93,8	74,0	69,7	86,3	90,0
FREMDENVKEHR IN BEHERBERGUNGSTÄTTEN MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)										
*Ankünfte	1 000	236	245	102	82	102	139	108
darunter *von Auslandsgästen	1 000	23	27	15	9	15	20	16
*Übernachtungen	1 000	1 361	1 360	391	333	381	503	397
darunter *von Auslandsgästen	1 000	42	49	29	16	26	41	35
VERKEHR										
SEESCHIFFFAHRT¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 205	1 263	1 063	1 329	1 080
Güterversand	1 000 t	669	739	727	783	700
BINNENSCHIFFFAHRT										
*Güterempfang	1 000 t	140	128	155	175	115	161	141	106	79
*Güterversand	1 000 t	153	142	137	118	117	178	152	108	132
*ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE										
darunter Krafträder	Anzahl	8 855	8 604	6 912	8 738	8 489	8 891
(einschließlich Motorroller)										
*Personenkraftwagen 2)	Anzahl	342	261	14	37	76	27
*Lastkraftwagen	Anzahl	7 894	7 732	6 411	8 196	7 906	8 315
(einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	384	351	273	315	289	369
STRASSENVERKEHR SUNFÄLLE										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 472	1 356	1 160	1 001	818	1 380	1 222	p 693	p 928
*Getötete Personen	Anzahl	37	31	32	29	21	37	34	p 17	p 27
*Verletzte Personen	Anzahl	1 876	1 726	1 469	1 342	1 050	1 733	1 576	p 904	p 1 188

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1984	1985	1985/86			1986/87				
				Monats- durchschnittl)	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
GELD UND KREDIT											
KREDITE UND EINLAGEN²⁾											
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	68 298	70 876	70 876	71 492	71 822	73 359	73 724	73 729	73 632	
darunter											
*Kredite ³⁾ an inländische Nichtbanken	Mill. DM	66 472	69 135	69 135	69 823	70 181	71 899	72 255	72 232	72 135	
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 729	9 817	9 817	9 963	9 905	9 696	9 721	9 589	9 278	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 466	9 594	9 594	9 752	9 728	9 527	9 384	9 356	9 087	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	264	223	223	211	177	169	337	232	191	
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	6 961	6 082	6 082	6 066	6 012	5 436	5 384	4 849	4 764	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 190	4 587	4 587	4 632	4 596	4 125	4 077	4 030	3 966	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 770	1 495	1 495	1 434	1 416	1 312	1 308	819	798	
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	49 782	53 236	53 236	53 794	54 264	56 766	57 149	57 795	58 093	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	37 401	39 954	39 954	40 799	40 849	42 976	43 173	43 363	43 358	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	12 381	13 282	13 282	12 995	13 415	13 791	13 977	14 432	14 735	
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	42 502	45 182	45 182	46 711	47 140	48 337	50 691	51 258	51 406	
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	26 271	28 203	28 203	29 040	29 380	29 951	31 571	32 060	32 120	
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 983	21 686	21 686	22 573	22 671	24 821	24 780	24 931	24 958	
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	6 288	6 518	6 518	6 466	6 709	6 656	6 791	7 130	7 163	
*Spareinlagen	Mill. DM	16 231	16 978	16 978	17 672	17 760	18 386	19 120	19 198	19 286	
*bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namensschuldverschreibungen)	Mill. DM	12 174	12 894	12 894	12 992	13 073	13 347	13 759	13 859	...	
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	990	1 039	1 699	1 622	1 117	811	1 710	1 548	...	
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	946	980	967	1 693	1 029	745	976	1 470	...	
ZAHLUNGSSCHWIERIGKEITEN											
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	64	73	84	82	66	67	72	49	49	
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,2	0,3	-	-	-	-	-	-	-	
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	352	330	298	226	258	214	266	
*Wechselsumme	Mill. DM	2,5	2,6	2,2	1,2	2,2	1,3	1,8	
STEUERN											
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART			Vierteljahres- durchschnitt	4. Vj. 85				4. Vj. 86			
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 311,3	2 408,5	2 757,3	.	.	.	2 832,9	.	.	
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 644,7	1 748,4	2 101,3	.	.	.	2 071,0	.	.	
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 210,6	1 296,5	1 551,0	.	.	.	1 575,8	.	.	
*Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	231,4	244,6	310,8	.	.	.	251,7	.	.	
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	22,1	26,8	23,2	.	.	.	20,9	.	.	
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	180,6	180,5	216,4	.	.	.	222,6	.	.	
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	666,5	660,1	655,9	.	.	.	761,9	.	.	
*Umsatzsteuer	Mill. DM	396,2	366,4	340,8	.	.	.	446,0	.	.	
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	270,3	293,7	315,1	.	.	.	315,9	.	.	
*Bundessteuern	Mill. DM	130,8	130,8	153,7	.	.	.	156,7	.	.	
*Zölle	Mill. DM	0,0	0,0	0,0	.	.	.	0,8	.	.	
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	118,4	116,6	146,6	.	.	.	149,2	.	.	
*Landessteuern	Mill. DM	164,7	165,9	156,8	.	.	.	164,1	.	.	
*Vermögensteuer	Mill. DM	27,6	26,3	29,1	.	.	.	26,2	.	.	
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	71,9	76,1	62,8	.	.	.	66,5	.	.	
*Biersteuer	Mill. DM	6,2	6,4	6,7	.	.	.	7,3	.	.	
*Gemeindesteuern	Mill. DM	267,5	274,9	269,8	.	.	.	272,8	.	.	
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,5	7,7	7,5	.	.	.	7,4	.	.	
*Grundsteuer B	Mill. DM	61,0	63,7	53,3	.	.	.	59,0	.	.	
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	189,8	194,0	198,7	.	.	.	197,6	.	.	
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN											
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 211,5	1 247,5	1 424,4	.	.	.	1 490,5	.	.	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	628,8	667,9	808,4	.	.	.	800,8	.	.	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	436,6	432,4	429,6	.	.	.	495,2	.	.	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	15,3	16,4	32,7	.	.	.	37,8	.	.	
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 347,9	1 438,8	1 661,6	.	.	.	1 595,0	.	.	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	776,5	824,7	990,0	.	.	.	971,8	.	.	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	391,4	431,8	482,1	.	.	.	421,2	.	.	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	15,3	16,4	32,7	.	.	.	37,8	.	.	
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	473,7	487,6	733,0	.	.	.	774,8	.	.	
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	159,3	161,2	133,3	.	.	.	121,9	.	.	
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	236,7	245,5	528,6	.	.	.	577,6	.	.	

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

	1984	1985	1985/86			1986/87					
			Monats- durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
PREISE											
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBIET 1980 = 100											
Einfuhrpreise	122,8	124,6	117,4	114,8	111,0	94,6	94,4	94,4	
Ausfuhrpreise	116,2	119,4	118,4	118,5	118,0	115,4	115,3	115,0	
Grundstoffpreise ⁶⁾	121,2	122,1	116,9	r 115,3	r 112,6	r 99,4	99,1	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾ landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	119,2 106,9	121,8 103,1	121,5 103,5	121,2 101,5	120,6 101,4	115,9 95,7	115,7 p 94,9	115,9 p 93,7	
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	114,0	114,5	.	.	115,2	116,9	.	.	117,4	...	
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 6)	116,1	115,2	114,1	113,4	112,5	104,6	104,2	p 104,7	
Einzelhandelspreise	115,6	117,5	117,8	117,9	117,8	116,8	116,9	117,5	117,7	...	
*Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte darunter für *Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren Bekleidung, Schuhe Wohnungsmieten Energie (ohne Kraftstoffe) Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	118,4 116,0 115,7 120,0 128,8 115,9	121,0 116,9 118,4 123,9 133,4 117,7	121,4 116,4 119,7 125,0 132,3 118,4	121,6 117,1 119,8 125,3 129,2 118,5	121,3 117,7 120,1 125,6 125,7 118,8	119,9 116,5 121,3 127,2 107,8 119,6	120,1 116,8 121,3 127,3 107,0 119,6	120,6 117,0 121,5 127,5 109,3 119,8	120,7 117,6 121,7 127,9 106,7 120,0

LÖHNE UND GEHÄLTER

- Effektivverdienste in DM -

ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU

Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	686	699	.	686
darunter *Facharbeiter	713	729	.	720
*weibliche Arbeiter	467	481	.	484
darunter *Hilfsarbeiter	446	460	.	462
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	16,69	17,07	.	17,21
darunter *Facharbeiter	17,45	17,88	.	18,02
*weibliche Arbeiter	11,72	12,17	.	12,32
darunter *Hilfsarbeiter	11,23	11,70	.	11,78
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter (Stunden)	41,0	40,8	.	40,0
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,8	39,5	.	39,2
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	3 981	4 123	.	4 182
*weiblich	2 749	2 842	.	2 877
Technische Angestellte										
*männlich	4 114	4 263	.	4 281
*weiblich	2 692	2 772	.	2 785
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	3 265	3 374	.	3 379
*weiblich	2 217	2 305	.	2 330
Technische Angestellte										
männlich	3 255	3 397	.	3 365
weiblich	(2 178)	2 161	.	2 157
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 492	3 610	.	3 639
weiblich	2 363	2 456	.	2 485
Technische Angestellte										
männlich	4 042	4 186	.	4 216
weiblich	2 654	2 725	.	2 730

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken
3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

JAHRESZAHLEN B

Erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ³⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1) in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau ²⁾ in %						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslandsgästen
1981	16	18	10	1 125	8 516	3 309	1 209	6 942	2 960	281	17 648	546
1982	13	15	10	1 140	8 132	3 486	1 185	6 709	2 888	276	16 949	502
1983	17	14	13	1 153	8 146	3 541	1 118	6 761	2 859	270	16 523	505
1984	12	16	14	1 170	10 081	4 158	1 176	8 526	2 832	278	16 328	498
1985	9	10	21	1 181	10 033	4 639	1 313	8 475	2 940	321	16 322	583

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden				Sozialhilfe				Kriegsopferfürsorge
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ⁴⁾	Lkw ⁵⁾	Unfälle	Getötete	Verletzte	Spar-einlagen ⁶⁾ am 31. 12. in Mill. DM	insgesamt		Hilfe zum Lebensunterhalt		
									Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM	
1981	1 149	24	983	56	17 427	521	22 492	13 693	735,9	242,1	56,4 ^{a)}	54,7	
1982	1 169	29	999	55	17 393	485	22 399	14 539	807,2	276,2	68,7	60,5	
1983	1 198	34	1 022	54	18 394	519	23 592	15 667	863,5	298,5	68,4 ^{a)}	62,0	
1984	1 229	37	1 049	54	17 659	442	22 515	16 231	927,9	330,1	83,2	64,8	
1985	1 249	38	1 067	54	16 270	377	20 714	17 830	1 005,1	391,7	...	66,9	

Jahr	Steuern ⁷⁾					Fundierte Schulden						
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchsteuern	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände ⁸⁾	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
1981	4 617	4 732	1 760	2 480	5 262	3 570	1 129	522	773	10 145	2 722	2 110
1982	4 578	4 859	1 749	2 443	5 342	3 737	979	471	746	11 434	2 843	2 205
1983	4 811	5 174	1 821	2 720	5 546	3 961	948	474	727	12 564	2 886	2 220
1984	4 846	5 391	1 895	2 666	5 787	4 116	926	473	759	13 768	2 949	2 252
1985	4 990	5 755	1 950	2 640	6 154	4 425	978	466	776	14 648	2 993	2 287

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet 1980 = 100					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise ⁹⁾		Lebenshaltung aller privaten Haushalte	Industriearbeiter ¹⁰⁾			Angestellte in Industrie ¹¹⁾ und Handel			öffentlicher Dienst		
	gewerblicher Produkte	landwirtschaftlicher Produkte		für Wohngebäude	Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt			Bruttomonatsgehalt ¹¹⁾		
					insgesamt	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte	technische Angestellte	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)
1981	107,8	106,0	105,9	106,3	104,8	633	420	3 178	2 158	3 642	3 111	2 302
1982	114,1	109,8	108,9	111,9	111,3	646	437	3 349	2 294	3 805	3 221	2 384
1983	115,8	108,2	111,2	115,6	114,3	671	454	3 392	2 270	3 925	3 284	2 442
1984	119,2	106,9	114,0	118,4	116,0	686	467	3 492	2 363	4 042	3 284	2 454
1985	121,8	103,1	114,5	121,0	116,9	699	481	3 610	2 456	4 186	3 505	2 616

1) Errichtung neuer Gebäude 2) 1. Förderungsweg 3) Nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen, ab 1984: Ausländer einschließlich DDR 4) einschließlich Kombinationskraftwagen 5) einschließlich mit Spezialaufbau 6) ohne Postspareinlagen 7) Quelle für staatliche Steuern: Der Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein 8) einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände 9) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer 10) einschließlich Hoch- und Tiefbau 11) Endgehalt. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind a) Hochgerechnetes Ergebnis einer Repräsentativ-Erhebung

KREISZAHLEN

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. 11. 1986			Bevölkerungsveränderung im November 1986			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Februar 1987 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
FLENSBURG	85 859	- 0,1	- 1,1	- 19	- 31	- 50	22	1	21
KIEL	244 150	+ 0,0	- 0,6	- 113	129	16	77	2	97
LÜBECK	209 347	- 0,0	- 0,6	- 128	58	- 70	64	1	88
NEUMÜNSTER	77 877	+ 0,0	- 0,6	- 5	9	4	35	-	43
Dithmarschen	128 695	- 0,1	- 0,6	- 49	- 43	- 92	45	1	56
Hzgt. Lauenburg	158 156	+ 0,0	+ 0,1	- 29	91	62	53	1	66
Nordfriesland	160 911	- 0,1	- 0,5	- 31	- 127	- 158	65	6	79
Ostholstein	195 930	+ 0,0	+ 0,3	- 31	50	19	69	1	89
Pinneberg	261 886	- 0,0	+ 0,6	- 77	- 9	- 86	106	1	122
Plön	117 971	- 0,1	- 0,5	- 21	- 70	- 91	52	2	67
Rendsburg-Eckernförde	247 697	- 0,0	+ 0,1	- 48	-	- 48	91	2	114
Schleswig-Flensburg	182 649	- 0,0	- 0,2	18	- 86	- 68	58	2	76
Segeberg	218 188	+ 0,1	+ 1,0	10	189	199	89	4	127
Steinburg	126 781	- 0,1	- 0,5	- 29	- 130	- 159	35	1	57
Stormarn	197 416	+ 0,0	+ 0,6	- 44	99	55	67	2	86
Schleswig-Holstein	2 613 513	- 0,0	- 0,1	- 596	129	- 467	928	27	1 188

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. 1. 1987		
	Betriebe am 28. 2. 1987	Beschäftigte am 28. 2. 1987	Umsatz ⁴⁾ im Februar 1987 Mill. DM	insgesamt	Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	69	8 328	153	36 207	32 460	...
KIEL	124	22 526	330	99 121	89 127	...
LÜBECK	134	21 315	240	85 595	76 903	...
NEUMÜNSTER	68	9 797	107	36 061	32 215	...
Dithmarschen	69	5 795	217	68 957	55 882	...
Hzgt. Lauenburg	96	7 922	86	79 561	69 146	...
Nordfriesland	52	2 765	51	83 428	67 889	...
Ostholstein	82	5 810	91	93 637	80 669	...
Pinneberg	189	20 081	299	132 694	116 095	...
Plön	47	2 640	40	61 090	51 733	...
Rendsburg-Eckernförde	120	9 096	146	128 825	108 571	...
Schleswig-Flensburg	81	4 814	92	96 535	78 827	...
Segeberg	167	15 874	255	124 005	107 137	...
Steinburg	83	9 223	159	68 098	56 135	...
Stormarn	152	16 897	363	103 860	91 856	...
Schleswig-Holstein	1 533	162 883	2 630	1 297 674	1 114 645	...

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 11. 1986 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

ZAHLEN FÜR DIE BUNDESLÄNDER

Land	Bevölkerung am 30. 9. 1986			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 29. 2. 1987	Kurzarbeiter Monatsmitte Februar 1987	offene Stellen Ende Februar 1987	Schweine insgesamt am 1. 8. 1986	Rindvieh am 3. 6. 1986	
		VZ 1970	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %							
Schleswig-Holstein	2 613,6	+ 4,8	- 0,1	130	19	5	1 768	1 594	490
Hamburg	p 1 573,9	- 12,3	- 0,7	102	11	4	8	14	3
Niedersachsen	p 7 198,1	+ 1,6	- 0,1	367	48	21	7 739	3 483	1 099
Bremen	p 655,6	- 9,3	- 0,9	43	9	2	9	23	5
Nordrhein-Westfalen	p 16 678,3	- 1,4	- 0,0	763	102	35	6 572	2 075	608
Hessen	p 5 540,1	+ 2,9	+ 0,1	170	32	14	1 286	882	281
Rheinland-Pfalz	p 3 613,1	- 0,9	- 0,2	141	20	8	686	639	221
Baden-Württemberg	p 9 312,6	+ 4,7	+ 0,5	216	56	33	2 429	1 815	664
Bayern	p 11 015,8	+ 5,1	+ 0,4	407	59	33	4 411	5 210	2 025
Saarland	p 1 043,4	- 6,8	- 0,4	56	16	2	47	71	24
Berlin (West)	p 1 877,8	- 11,5	+ 1,1	93	10	7	3	1	0
Bundesgebiet	p 61 122,3	+ 0,8	+ 0,1	2 488	382	165	24 959	15 806	5 419

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im November 1986	
	Beschäftigte am 31. 12. 1986 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Dezember 1986		Beschäftigte am 30. 11. 1986 in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
		Mill. DM	Auslandsumsatz in %				
Schleswig-Holstein	166	3 186	18	40	15	524	2,0
Hamburg	138	5 254	16	23	15	331	2,1
Niedersachsen	648	12 115	33	110	15	1 219	1,7
Bremen	76	1 953	32	10	16	73	1,1
Nordrhein-Westfalen	1 956	35 841	30	227	14	3 714	2,2
Hessen	630	9 460	28	89	16	1 424	2,6
Rheinland-Pfalz	366	6 797	36	63	17	999	2,8
Baden-Württemberg	1 429	24 351	33	177	19	2 865	3,1
Bayern	1 356	20 629	33	239	22	3 563	3,2
Saarland	138	2 130	31	16	15	122	1,2
Berlin (West)	163	3 869	14	33	18	261	1,4
Bundesgebiet	7 066	125 584	30	1 026	17	15 095	2,5

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. 7. 1986			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im Dezember 1986				Bestand an Spar- einlagen 7) am 30. 11. 1986 in DM je Einw.	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner								
	in 1 000		in 1 000		in 1 000			im 3. Vierteljahr 1986 in DM je Einwohner			
Schleswig-Holstein	1 291	1 107	424	1 222	34	1 576	132	7 035	588	520	...
Hamburg	672	605	384	780	12	1 012	131	10 405	965	4 056	...
Niedersachsen	3 649	3 103	431	3 249	105	4 207	133	8 793	583	532	...
Bremen	288	259	394	319	8	379	121	9 866	680	1 215	...
Nordrhein-Westfalen	8 049	7 185	431	6 925	184	8 783	129	9 617	660	1 003	...
Hessen	3 011	2 615	473	2 475	70	3 228	133	10 768	719	907	...
Rheinland-Pfalz	2 001	1 698	467	1 505	42	1 959	133	10 144	584	638	...
Baden-Württemberg	5 018	4 262	459	3 698	128	4 997	139	11 222	720	911	...
Bayern	6 005	4 910	447	4 418	136	5 940	138	11 415	655	716	...
Saarland	532	475	455	458	14	567	127	9 270	574	540	...
Berlin (West)	747	656	351	785	20	944	123	8 808	521	1 921	...
Bundesgebiet	31 367 ^{a)}	26 917 ^{a)}	441	26 050	766	33 847	133	10 106	659	932	...

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 4) ohne Bundespost und Bundesbahn

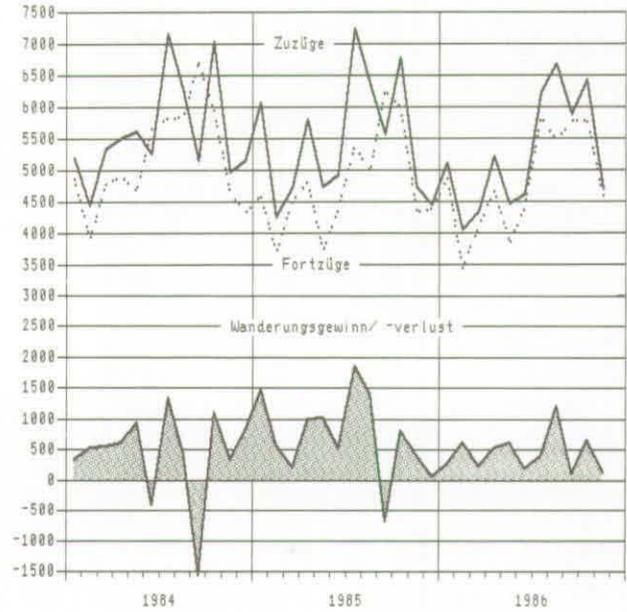
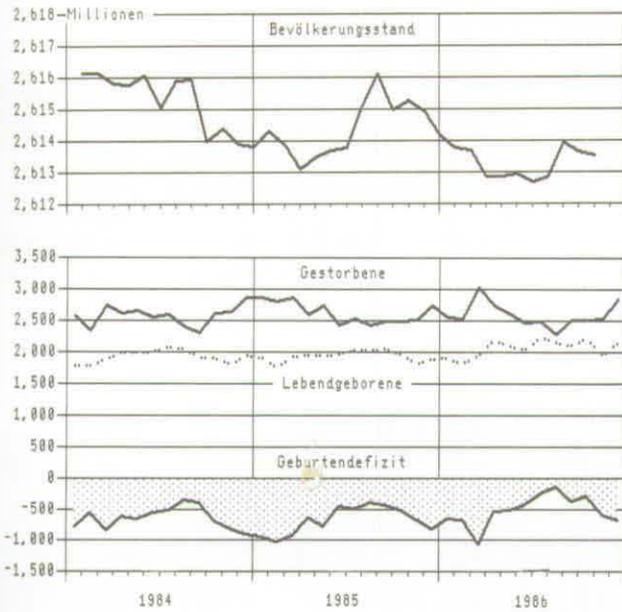
5) einschließlich Kombinationskraftwagen 6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 7) ohne Postspareinlagen

a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

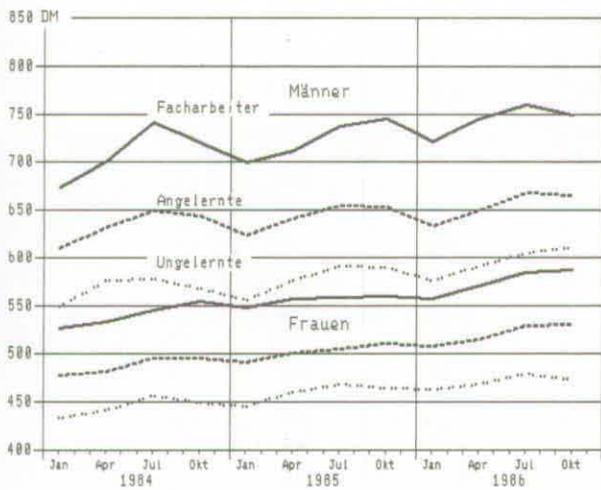
Entwicklung im Bild

D 5549 Stat. LA S-H (A)

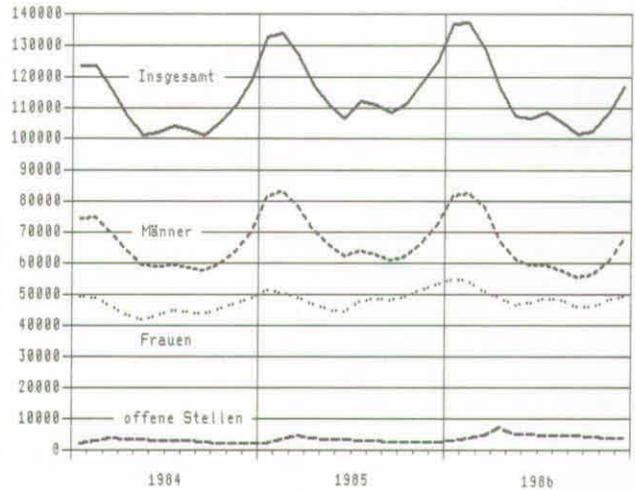
Bevölkerungsstand und -veränderung



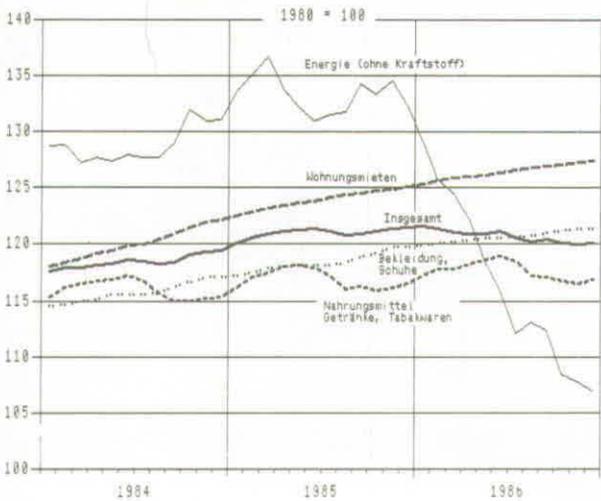
Bruttowochenverdienste



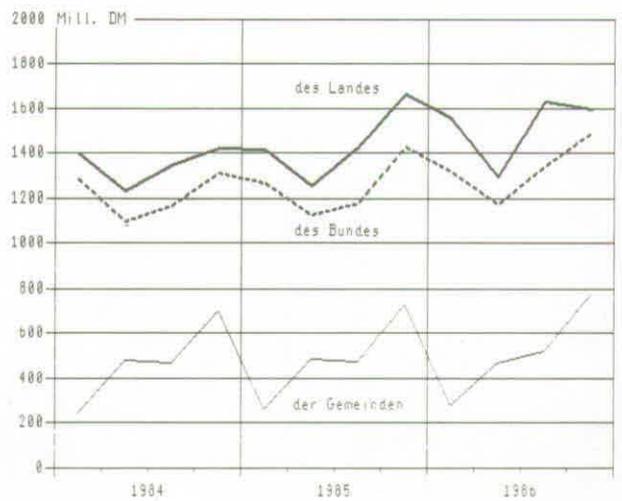
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



Steuereinnahmen



Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Postfach 1141, 2300 Kiel 1

Postvertriebsstück · V 6458 E · Gebühr bezahlt

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Fröbelstr. 15-17; Fernruf (0431) 68951
Postanschrift: Postfach 1141, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Bernd Struck
Druck: Hugo Hamann, Kiel, Holtenauer Str. 65a - Auflage: 700
Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird -